
LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG

INHALT

VORWORT	3
LAGEBERICHT	4
BILANZ	21
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG	23
ANHANG	24
ANGABEN NACH § 26A KWG „OFFENLEGUNG DURCH DIE INSTITUTE“	35
BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS	36
BERICHT DES AUFSICHTSRATS	37
BEWEGUNG DER ZUTEILUNGSMASSE	39
BESTANDBEWEGUNGEN	40

VORWORT

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit ihrem viertbesten Neugeschäftsergebnis in der Unternehmensgeschichte schloss die LBS das Jahr 2016 ab. 1,74 Milliarden € Bausparsumme standen zu Buche. Der Marktanteil im Geschäftsgebiet stieg damit um 2,4 Prozentpunkte auf einen Rekordwert von 36,4 Prozent.

Die eigene Immobilie ist weiterhin von großer Bedeutung, für die notwendige Altersvorsorge der heute erwerbstätigen Generation, den Vermögensaufbau und zunehmend auch für das bezahlbare Wohnen. Bausparen unterstützt bei der Bildung von Eigenkapital und bei der nachhaltigen Absicherung der zumeist höchsten Investition im Privatleben gegen das Risiko steigender Zinsen. Es hat daher bei den Kunden im Norden einen hohen Stellenwert.

Über 324.000 Kunden in Hamburg und Schleswig-Holstein vertrauen unserer Leistungsfähigkeit. Insgesamt verfügen sie über 425.000 Verträge mit einem Volumen von rund 14,5 Milliarden € Bausparsumme. Mit verständlichen, zinssicheren Produkten und qualifizierter Beratung unterstützen wir unsere Kunden auf ihrem Weg ins Wohneigentum und bei Modernisierungsprojekten.

Die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Sparkassen in Schleswig-Holstein und der Hamburger Sparkasse ist durch eine koordinierte Marktbearbeitung und die Verzahnung der Vertriebsaktivitäten gekennzeichnet. Zusammen mit der Leistungsfähigkeit des eigenen Außendienstes sichert die gemeinsame Vertriebsstärke nachhaltig die Zukunftsfähigkeit der LBS.

Der Kunde steht im Fokus unserer strategischen Ausrichtung. Aus seinem Verhalten und Wünschen leiten wir Entwicklungsbedarf insbesondere für die Digitalisierung ab. Neben dem bereits etablierten Textchat hat die LBS in 2016 daher weitere digitale Lösungen zur Kommunikation und Interaktion mit den Kunden eingeführt: Newsletter, Video-Beratung und Video-Legitimation stehen zur Verfügung. Zudem verfügt die LBS seit Ende 2016 mit FINMAS über einen weiteren Vertriebskanal für die Kreditvermittlung, der mehr Marktnähe und eine Machbarkeitsaussage für den Kunden schon im ersten Beratungsgespräch bietet.

Wir bedanken uns bei unseren Kunden, den Sparkassen, dem eigenen Außendienst und unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für das erfolgreiche Jahr 2016. Für das laufende Jahr rechnen wir mit einer weiter steigenden Nachfrage im Bauspar-, Finanzierungs- und Immobilienvermittlungsgeschäft. Wir sind zuversichtlich, dass wir gemeinsam unsere führende Marktposition weiter ausbauen können.

Kiel/Hamburg im Juni 2017

LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG

Der Vorstand



Peter Magel



Jens Grelle

LAGEBERICHT

Grundlagen des Instituts

Die LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG (LBS) hat ihren Sitz in Kiel und Hamburg. Anteilseigner sind mit 57,5 % der Sparkassen- und Giroverband für Schleswig-Holstein und mit 42,5 % die HASPA Finanzholding. Die LBS ist ein auf die Gewährung von Hypothekarkrediten ausgerichtetes Spezialkreditinstitut. Sie unterliegt den Vorschriften des Kreditwesengesetzes und der Capital Requirement Regulation (CRR) und ist der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht unterworfen. Die allgemeinen Regelungen werden durch Spezialvorschriften im Bausparkassengesetz und der Bausparkassenverordnung ergänzt.

Die LBS hält eine 100 % Beteiligung an der LBS Immobilien GmbH (LBS-I) mit Sitz in Kiel. Die LBS-I betreibt das Immobilienvermittlungsgeschäft über einen eigenen Handelsvertreter-Außendienst sowie in Kooperation mit Sparkassen im Geschäftsgebiet Schleswig-Holstein. Ihr Zweck ist es, die Geschäfte der LBS zu fördern, zu ergänzen und zu erweitern.

Als Bausparkasse der Sparkassen ist die LBS innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe der kompetente Partner rund ums Bauen, Wohnen und Finanzieren in Schleswig-Holstein und Hamburg. Sie ist im Geschäftsgebiet flächendeckend über die örtlichen Sparkassen sowie den LBS-Außendienst vertreten und genießt als Marktführer das Vertrauen von rund 325.000 Kunden in Hamburg und Schleswig-Holstein mit rund 425.000 Verträgen.

Der Kernnutzen des Bausparens als gleichermaßen sicheres und flexibles Immobilienfinanzierungsinstrument entspricht den Bedürfnissen breiter Bevölkerungsschichten. Die Unabhängigkeit des Bauspardarlehens von den Schwankungen des Kapitalmarkts, sein garantierter Zins, die individuellen Freiheiten bei der Besparung des Vertrags und die jederzeit möglichen Son-

dertilgungen in der Darlehensphase sind Produktvorteile, die am Markt überzeugen. Der Bausparvertrag unterstützt beim gezielten Vermögensaufbau für den Immobilienerwerb und hilft Immobilienbesitzern dabei, ihr Objekt zu erhalten und im Wert zu steigern. Hinzu kommt, dass Bausparen als Wegbereiter und Wegbegleiter für die Altersvorsorge mit Wohneigentum etabliert ist und in dieser Bedeutung seit 2008 durch das Eigenheimrentengesetz auch staatlich anerkannt wird.

Die Vision der LBS ist ein nachhaltiges und gesundes Wachstum in den Kerngeschäftsfeldern Bausparen und bausparunterlegte Finanzierung sowie im komplementären Maklergeschäft der LBS-I. Es ist für die LBS von besonderer Bedeutung, im Bausparmarkt eine mit den Marktanteilen der Sparkassen korrespondierende Marktstellung zu erlangen. Hierzu gehört eine entsprechend hohe Durchdringung der Kundenbestände der Sparkassen mit Produkten der LBS.

Im Rahmen ihrer Geschäftsstrategie beurteilt die LBS alle Maßnahmen und Projekte konsequent hinsichtlich ihres Beitrags zu einem gesunden Unternehmenswachstum, zur Entwicklung des Marktanteils und zu den Perspektiven „Verkauf“, „Kunden“, „Mitarbeiter“ und „Finanzen“. Über die Strategie- und Planungsprozesse werden die Ziele in den strategischen Perspektiven jährlich überprüft und unterjährig in einem Steuerungskreislauf mit definierten Kennzahlen überwacht.

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

2016 war von sehr vielen politischen und geostrategischen Überraschungen geprägt. Militärische Konflikte, Bürgerkriege und Terror dauerten an. Dazu kam im Frühsommer das überra-

schende Votum über das Ausscheiden des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union. Im Herbst wurde Donald Trump zum US-Präsidenten gewählt. Schließlich wurde in Italien die von der Regierung vorgesehene Verfassungsreform in einer Volksabstimmung abgelehnt. Diese Ereignisse haben die Unsicherheit über die weitere politische und wirtschaftliche Entwicklung stark erhöht. Kurzfristig haben sie sich aber noch nicht wachstumsmindernd ausgewirkt. Die Weltwirtschaft erreichte 2016 in der Definition und Gewichtung des Internationalen Währungsfonds (IWF) ein Wachstum von 3,1 %. Das entspricht fast genau dem Tempo des Vorjahres – 2015 lag es nur einen Promillepunkt höher.

Im Euroraum hat sich die seit 2014 laufende gesamtwirtschaftliche Erholung 2016 fortgesetzt. Im oberen Mittelfeld der europäischen Wachstumsraten konnte sich einmal mehr die deutsche Wirtschaft platzieren. Die erreichten 1,9 % liegen deutlich über dem Potenzialwachstum des Landes. Das ist für Deutschland das dritte Jahr in Folge mit einem, auch gemessen am langjährigen Trend, überdurchschnittlichen Wachstum. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt lag nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahresdurchschnitt um 1,9 % höher als in 2015 (+ 1,7 %). Eine längerfristige Betrachtung zeigt, dass das Wirtschaftswachstum in 2016 einen halben Prozentpunkt über dem Durchschnittswert der letzten 10 Jahre von 1,4 % lag. Kalenderbereinigt errechnet sich eine etwas niedrigere BIP-Wachstumsrate von 1,8 %, da im Jahr 2016 rechnerisch ein Arbeitstag mehr zur Verfügung stand als im Vorjahr.

Ausschlaggebend für die positive Entwicklung der deutschen Wirtschaft bleibt die binnenwirtschaftliche Nachfrage. Die privaten Konsumausgaben stiegen um 2 %, dabei lag die Sparquote der privaten Haushalte durchschnittlich bei 9,8 % und damit in etwa auf dem Wert von 2015 (9,7 %). Die staatlichen Konsumausgaben legten mit 4,2 % deutlich stärker zu. Dieser

kräftige Anstieg ist unter anderem auf die hohe Zuwanderung von Schutzsuchenden und den daraus resultierenden Kosten zurückzuführen. Sie machte allein 1,6 Prozentpunkte der Gesamtwachstumsrate aus. Besonders der Konsum expandierte kräftig. Der private Konsum konnte sich auf eine weiter ausgebauten Beschäftigungslage und steigende Löhne (Nominallohnsteigerungen von durchschnittlich 2,3 % pro Arbeitnehmer) stützen.

Getragen wird die binnenwirtschaftliche Entwicklung vor allem durch den anhaltenden Beschäftigungsaufbau. Die Zahl der Erwerbstätigen ist wiederum deutlich gestiegen. Mit einem Plus von 429.000 Personen waren im Jahresdurchschnitt rund 43,5 Mio. Erwerbstätige in Deutschland beschäftigt. Das ist der höchste Stand seit der deutschen Wiedervereinigung. Weit überdurchschnittlich stieg dabei die Zahl der voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote fiel gegenüber dem Vorjahr um 0,3 %-Punkte auf 6,1 %.

Zu dem Kaufkraftgewinn trug vor allem die niedrige Inflationsrate bei. In nationaler Definition erhöhten sich die Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt 2016 nur um 0,5 %. In der europäisch harmonisierten Abgrenzung war es ein moderater Anstieg von nur 0,4 %. Dies war vor allem auf die sehr niedrigen Energiepreise zurückzuführen. Rohöl war vor allem in der ersten Jahreshälfte sehr billig. Die Kernrate der Verbraucherpreise unter Herausrechnung der schwankungsanfälligen Preise für Energie, Lebensmittel, Tabak und Alkohol lag 2016 in Deutschland bei 1,1 %. Dies zeigt, dass die Preisentwicklung zwar gedrückt verlief, aber doch weit von einer wirklich deflationären Entwicklung entfernt blieb.

Die Europäische Zentralbank hat auf die im Euroraum ähnlich wie in Deutschland niedrigen Inflationsraten mit weiterer geldpolitischer Expansion reagiert. Zeitweise lag die Zwölfmonats-Inflationsrate im Euroraum unter der Nulllinie. Im Jahres-

durchschnitt ergaben sich im gesamten Währungsgebiet für 2016 plus 0,3 %. Die Kernrate lag mit plus 0,9 % im Jahresdurchschnitt weiter unter dem selbst gesetzten Ziel der EZB von „unter, aber nahe bei zwei Prozent“.

Im März 2016 hat die EZB ihren Zins für die Einlagefazilität noch tiefer ins Negative abgesenkt, von zuvor - 0,3 % auf seither bis heute gültige - 0,4 %. Außerdem hat sie ihr „Quantitative Easing“ verlängert und beschleunigt. Unter dem „Asset Purchase Programme“ wurden bis März 2016 im Gesamtumfang von 60 Mrd. Euro monatlich u. a. Covered Bonds und Asset Backed Securities, im Gros vor allem aber Staatsanleihen, gekauft. Ab April 2016 wurde das Volumen dieser Aufkäufe auf 80 Mrd. Euro monatlich erhöht. Seit Juni 2016 kaufte die EZB in diesem Rahmen auch Unternehmensanleihen. Schließlich wurde 2016 eine neue Serie von Langfristendern aufgelegt, bei denen unter bestimmten Bedingungen Kreditinstitute auch zu Negativzinsen Zentralbankgeld aufnehmen können.

Die Wohnungsbaugenehmigungen im Geschäftsgebiet der LBS verzeichneten im Zeitraum von Januar bis November 2016 in Hamburg einen Anstieg um 8,7 %, in Schleswig-Holstein verblieben sie auf dem Niveau des Vorjahres.

Geschäftsverlauf

Im Berichtsjahr erzielte die LBS ein Bruttoneugeschäft mit einer Bausparsumme in Höhe von 1.744 Mio. € und lag damit um 6,1 % unter dem Rekordergebnis (1.858 Mio. €) des Vorjahres. Zwar konnte aufgrund eines wettbewerbsintensiven Marktumfelds der geplante Umsatz nicht erreicht werden, die weiterhin auf hohem Niveau liegenden Neugeschäftsabschlüsse zeigen jedoch die hohe Attraktivität des Bausparens als Zinssicherungsinstrument gerade in der Niedrigzinsphase.

Insgesamt wurden 35.393 Verträge abgeschlossen. Dies entspricht einem Rückgang um 22,7 % im Vergleich zum Vorjahr. Rund 14 % der Vertragsabschlüsse entfielen auf Tarife, die gezielt junge Leute ansprechen. Auch die Nachfrage nach Finanzierungsmodellen in Verbindung mit der Riester-Förderung ist weiterhin hoch. Wohnriester-Verträge hatten einen Anteil von 11 % an der Bruttobausparsumme, ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 2 %-Punkte.

Alle Landesbausparkassen zusammen erreichten ein Bruttoneugeschäft, das um 11,8 % unter Vorjahr lag. Die Anzahl der Neuverträge ging um 22,7 % zurück.

Von den vier Vertriebslinien vermittelten die Hamburger Sparkasse 40,0 % (Vj.: 40,0 %), die schleswig-holsteinischen Sparkassen 45,7 % (Vj.: 42,8 %), der eigene Außendienst in Schleswig-Holstein 9,6 % (Vj.: 11,3 %) und der eigenen Außendienst Hamburg 0,3 % (Vj.: 0,7 %). Die restlichen 4,4 % (Vj.: 5,1 %) entfielen auf sonstige Vermittlungen. Die durchschnittliche Bausparsumme einschließlich Erhöhungen stieg auf 49 Tsd. € (Vj.: 41 Tsd. €).

Im Berichtsjahr wurden 35.542 (Vj.: 41.181) Verträge über 1.638 Mio. € (Vj.: 1.597 Mio. €) Bausparsumme eingelöst.

Der summenbezogene Marktanteil im gesamten Geschäftsgebiet lag bei 36,4 % und damit deutlich über dem Vorjahreswert von 34,0 %. In beiden Marktbereichen ist der Bausparumsatz im Vergleich zum Vorjahr gesunken. In Schleswig-Holstein wies die LBS ein Umsatzwachstum auf, der Marktanteil stieg um 3,1 %-Punkte und lag bei 34,0 %. Im Marktbereich Hamburg war der Umsatzrückgang bei der LBS geringer ausgeprägt als im Gesamtmarkt, der Marktanteil stieg um 1,3 %-Punkte auf 41,1 %.

Am Ende des Berichtsjahres betreute die LBS 425.109 (Vj.: 438.086) eingelöste Verträge mit einer Bausparsumme von

14,511 Mrd. € (Vj.: 14,416 Mrd. €). Davon befanden sich 391.956 Verträge mit einer Bausparsumme von 13,578 Mrd. € im Sparstadium, weitere 33.153 Verträge über 0,933 Mrd. € Bausparsumme waren bereits zugeteilt.

Das Kreditneugeschäft insgesamt war im Vergleich zum Vorjahr rückläufig. Die Bewilligungen kollektiver Baudarlehen gingen um 36 % auf 28,6 Mio. € zurück, die Bewilligungen im außerkollektiven Kreditgeschäft sanken dagegen nur leicht um 3,1 % auf 131,2 Mio. €. Von allen neu bewilligten Baudarlehen entfielen rd. 69 % (Vj.: 49 %) der Kreditsumme auf den Marktbereich Schleswig-Holstein und rd. 31 % (Vj.: 51 %) auf den Marktbereich Hamburg. Der Anteil des von den Sparkassen im Rahmen der Finanzierung aus einer Hand vermittelten kollektiven und außerkollektiven Kreditgeschäfts lag mit 20 % unter dem Vorjahreswert (31 %).

Im Berichtsjahr wurden Verträge mit einer Bausparsumme in Höhe von insgesamt 582,2 Mio. € zugeteilt (Vj.: 598,9 Mio. €). Nach Abzug der Verträge, die in den Fortsetzerstatus gewechselt sind, waren es noch 383,3 Mio. € (- 9,2 %). Die Darlehensverzichtsquote, die auch Verträge aus Zuteilungen früherer Jahre beinhaltet, stieg von 68,9 % auf 75,8 %.

Die LBS Immobilien GmbH konnte das sehr gute Vermittlungsergebnis des Vorjahres übertreffen. Das Courtagevolumen ist um 0,4 Mio. € auf 10,0 Mio. € gestiegen und hat damit das höchste Ergebnis seit 20 Jahren erreicht. Die Aufwendungen für Vermittlungen sind ebenfalls leicht angestiegen und betragen 8,9 Mio. € (Vj.: 8,7 Mio. €). Das Jahresergebnis von 756 Tsd. € wurde aufgrund des bestehenden Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrags an die LBS abgeführt. Die Zahl der vermittelten Objekte ging um 3,0 % auf 1.094 zurück. Der Durchschnittskaufpreis stieg um 26 Tsd. € auf 207 Tsd. €. Das vermittelte Kaufpreisvolumen stieg um 18,5 Mio. € auf 215,3 Mio. €. Mehr als 95 % aller vermittelten Objekte waren Gebrauchtimmobilien. Einfamilien-

häuser hatten einen Vermittlungsanteil von 50,5 % (Vj.: 52,0 %) und Eigentumswohnungen von 28,5 % (Vj.: 29,6 %).

Die andauernde Niedrigzinsphase belastet die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der gesamten Finanzbranche. Die LBS hat aus den anspruchsvollen externen Rahmenbedingungen bereits frühzeitig Handlungsbedarf abgeleitet und sich auf die mittel- und langfristigen Auswirkungen eingestellt. Zu den Maßnahmen zählt, dass die LBS zur Verbesserung der Bilanz- und Vermögenslage zum Jahresende 2016 ihre Pensionsverpflichtungen weitgehend auf einen durch das Versicherungsaufsichtsgesetz regulierten Pensionsfonds ausgelagert hat. Die Auslagerung führte zu Einmaleffekten bei verschiedenen Positionen der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung. Diese werden an den betreffenden Stellen kommentiert. Einzelheiten sind zudem im Anhang dargestellt.

Ertragslage

Die LBS hat im Berichtsjahr in einem herausfordernden Marktumfeld einen Jahresüberschuss von 5,6 Mio. € erreicht.

Der Zinsüberschuss belief sich auf 43,5 Mio. € und lag 1,5 Mio. € unter Vorjahr. Die um 3,9 Mio. € auf 74,6 Mio. € rückläufigen Zinserträge (ohne Erträge aus Ergebnisabführung) wurden durch die um 2,1 Mio. € auf 31,9 Mio. € ebenfalls gesunkenen Zinsaufwendungen nicht kompensiert.

Die Zinserträge aus Bauspardarlehen nahmen aufgrund des niedrigeren Jahresdurchschnittsbestandes um 3,2 Mio. € auf 8,6 Mio. € ab.

Bei den außerkollektiven Darlehen blieben die Zinserträge mit 38,7 Mio. € nahezu auf Vorjahresniveau. Die marktzinsbedingt

niedrigen Zinssätze bei den neu ausgezahlten Darlehen konnten durch einen höheren Jahresdurchschnittsbestand kompensiert werden.

Die anhaltende Niedrigzinsphase belastete auch die Zinserträge aus der Geldanlage, die um 1,0 Mio. € auf 18,6 Mio. € sanken. Das im Vergleich zum Vorjahr gestiegene Volumen konnte die gesunkene Durchschnittsverzinsung im Bestand nicht vollständig ausgleichen. Die Ausschüttung aus Wertpapierspezialfonds stieg um 0,5 Mio. € auf 7,5 Mio. €.

Die Zinsaufwendungen für Bauspareinlagen gingen trotz eines höheren Durchschnittsbestands um 2,1 Mio. € auf 31,9 Mio. € zurück. Der zunehmende Anteil jüngerer Tarifgenerationen mit niedrigeren Einstandssätzen sowie die durchgeführten Bestandsmaßnahmen wirkten sich wie erwartet entlastend aus.

Aus aufgenommenen Fremdgeldern resultierten insgesamt positive Zinsen in Höhe von 0,2 Mio. € (Vj.: 0,02 Mio. € positive Zinsen). Der zum Jahresende gehaltene Fremdgeldbestand wies ausschließlich kurze Laufzeiten auf.

Das Provisionsergebnis belief sich auf - 0,8 Mio. €, 2015 betrug es - 2,1 Mio. €. Die Erträge lagen mit 16,9 Mio. € um 1,1 Mio. € unter Vorjahr. Die Erträge aus Vertragsabschluss und -vermittlung sanken um 1,6 Mio. € auf 14,9 Mio. €. Die Provisionsaufwendungen gingen aufgrund des qualitäts- und quantitätsorientierten Provisionssystems um 2,5 Mio. € auf 17,7 Mio. € zurück.

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen einschließlich Abschreibungen beliefen sich im Berichtsjahr auf 40,2 Mio. € nach 32,3 Mio. € im Jahr 2015. Die Personalaufwendungen sind um 9,1 Mio. € auf 26,5 Mio. € gestiegen. Die Löhne und Gehälter sanken um 0,5 Mio. € auf 14,2 Mio. €, Aufwendungen für die Altersversorgung stiegen deutlich um 9,6 Mio. € auf 9,7 Mio. €. Der Anstieg ist

auf einmalige Aufwendungen für die Auslagerung der Pensionsverpflichtungen zurückzuführen. Die anderen Verwaltungsaufwendungen sind erneut gesunken und lagen bei 12,7 Mio. € (Vj.: 13,6 Mio.€). Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte betragen 1,0 Mio. € (Vj.: 1,3 Mio. €).

Der Saldo aus den sonstigen ordentlichen Erträgen und Aufwendungen betrug 6,1 Mio. €, im Vorjahr wurden - 4,0 Mio. € ausgewiesen. Der Bundestag hat im Februar 2016 die handelsrechtlichen Regelungen für die Bewertung von Altersversorgungsverpflichtungen geändert. Der maßgebliche Abzinsungssatz nach § 253 Abs. 2 HGB wird seitdem verpflichtend über einen Durchschnitt der letzten 10 Jahre (bisher 7 Jahre) berechnet. Aus der Erstanwendung resultiert eine Entlastung gegenüber Vorjahr von rund 7 Mio. €. Im Zusammenhang mit der Auslagerung der Pensionsverpflichtungen wurden Namenspapiere vorzeitig verkauft. Hieraus resultierten Erträge in Höhe 4,8 Mio. €. Ein weiterer positiver Effekt ist auf Bestandsbereinigungen zur Vorbereitung der Migration auf das Kernbanksystem OSPlus-LBS zurückzuführen.

Das Betriebsergebnis vor Bewertung stieg um 2,0 Mio. € auf 8,5 Mio. €.

Das Bewertungsergebnis lag bei 17,3 Mio. € (Vj.: - 0,5 Mio. €). Der deutliche Anstieg ist im Wesentlichen auf mit Gewinn veräußerte Geldanlagen zur Finanzierung der Auslagerung der Pensionsverpflichtungen zurückzuführen. Im Kundenkreditgeschäft lag die ausgewiesene Risikovorsorge bei 0,2 Mio. € (Vj.: - 0,3 Mio. €). Das sonstige Bewertungsergebnis trug mit 0,4 Mio. € (Vj.: - 0,4 Mio. €) bei und resultierte aus der Auflösung der im Vorjahr gebildeten Pauschalwertberichtigung auf sonstige Forderungen an Kunden. Die Nettoforderungsausfälle bezifferten sich 2016 auf 0,04 % des Kreditbestandes.

Im Berichtsjahr wurde ein außerordentliches Ergebnis in Höhe von - 9,8 Mio. € (Vj.: - 1,1 Mio. €) ausgewiesen. Im Rahmen der Auslagerung der Pensionsverpflichtungen wurden stille Lasten in Höhe von 9,8 Mio. € getilgt, die aus der Ausübung des Wahlrechts zur Berücksichtigung des Unterschiedsbetrags aus der Neubewertung der Pensionsrückstellungen gem. Art. 67 EGHGB in 2010 entstanden waren.

Das Ergebnis vor Ertragssteuern lag mit 16,1 Mio. € deutlich über dem Vorjahresergebnis (5,0 Mio. €). Wesentliche Einflussfaktoren waren die Auslagerung der Pensionsverpflichtungen und die damit im Zusammenhang stehenden Transaktionen in den Finanzanlagen.

Nach Abzug aller Steuern wird ein Jahresüberschuss von 5,6 Mio. € (Vj.: 1,8 Mio. €) ausgewiesen.

Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der LBS war im Berichtsjahr jederzeit gegeben und ist nach der Finanzplanung auch für die nächsten Jahre sichergestellt. Das Finanzmanagement ist insbesondere darauf ausgerichtet, die planmäßige Zuteilung der Bausparmittel dauerhaft zu gewährleisten.

Die LBS machte in 2016 von der Ausnahmeregelung nach § 1 Abs. 4 BausparkV Gebrauch und setzte die Bauspareinlagen auch zur Refinanzierung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten ein. Die LBS führt kein Handelsbuch und nimmt die Ausnahmeregelung nach Art. 94 CRR in Anspruch. Sie nutzt die Anlagemöglichkeiten nach § 4 BauSparkG.

Der kollektive Cashflow entwickelte sich wie folgt (in Mio. €):

	2016	2015
Sparaufkommen		
(inkl. Zinsgutschriften)	462,3	442,5
Tilgungsaufkommen	102,7	132,8
Sonstige	0,0	0,0
Geldzufluss	565,0	575,3
Zuteilungen	251,8	285,8
Kündigungen	131,7	168,6
Geldabfluss	383,5	454,4
Kollektiver Cashflow	181,5	120,9

Die kollektive Liquiditätsbilanz weist für das Jahr 2016 einen Überschuss von 181,5 Mio. € aus und damit im Vergleich zum Vorjahr eine Erhöhung um 60,5 Mio. €. Das Sparaufkommen ist um 19,8 Mio. € gestiegen, das Tilgungsaufkommen um 30,1 Mio. € gesunken. Die Zuteilungen sind um 34,0 Mio. € zurückgegangen, die Kündigungen sind um 36,9 Mio. € gesunken. Die Zuteilungsmasse liegt bei 2.068,1 Mio. € (Vj.: 1.887,1 Mio. €). Die LBS konnte auch im Berichtsjahr stets zur Mindestbewertungszahl zuteilen.

Mindestreserven waren im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht zu halten.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme der LBS erhöhte sich im Berichtsjahr um 30,3 Mio. € auf 2.507,2 Mio. €. Die Baudarlehen sind zurückgegangen, die Geldanlagen haben sich ausgeweitet. Bei den Passiva sind die Bauspareinlagen angestiegen, der Bestand an institutionellen Fremdgeldern ist rückläufig.

Der Bestand an Baudarlehen insgesamt lag bei 1.318,6 Mio. € (Vj.: 1.341,1 Mio. €). Bei den kollektiven Darlehen war ein Rückgang um 59,2 Mio. € auf 192,9 Mio. € zu verzeichnen. Darlehensverzichte stagnieren auf sehr hohem Niveau, geprägt insbesondere durch zugeteilte Verträge aus höher verzinsten Tarifgenerationen. Bei den außerkollektiven Darlehen lagen die Auszahlungen mit 121,3 Mio. € zwar unter Vorjahr (144,7 Mio. €), konnten die Fälligkeiten aber mehr als kompensieren. Der Bestand wuchs um 36,7 Mio. € auf 1.125,8 Mio. € an. Der Anstieg konnte die rückläufigen kollektiven Darlehen nicht ausgleichen, so dass der Gesamtbestand leicht hinter dem Erwartungswert zurückblieb. Alle Darlehensforderungen zusammen hatten zum Jahresende einen Anteil an der Bilanzsumme von 52,6 % (Vj.: 54,1 %).

Die gesamten Geldanlagen erhöhten sich im Berichtsjahr um 51,1 Mio. € auf 1.141,1 Mio. €. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um Staatsanleihen, Namens- und Inhaberschuldverschreibungen und Sparkassenbriefe. Außerdem hält die LBS Anteile an Wertpapierspezialfonds. Die Schuldverschreibungen werden ausschließlich im Anlagevermögen gehalten.

Der Bestand an Bauspareinlagen ist erwartungsgemäß erneut gestiegen, und zwar um 121,8 Mio. € auf 2.260,2 Mio. €. Im Geschäftsjahr 2016 wurden übersparte Verträge mit einem Gesamtvolumen von rund 17 Mio. € Bausparsumme gekündigt, da hier der Zweck des Bausparens, die Inanspruchnahme eines günstigen Bauspardarlehens, nicht mehr gegeben war. Auch

Verträge, die mehr als 10 Jahre die Zuteilung nicht in Anspruch genommen haben, wurden gekündigt. Das Gesamtvolumen dieser Verträge belief sich auf rund 13 Mio. € Bausparsumme. Die Mittelzuflüsse durch Spargeldeingang überstiegen die Abflüsse aus Guthabenauszahlungen und Kündigungen wiederum deutlich. Der Anteil der Bauspareinlagen an der Bilanzsumme stieg von 86,3 % auf 90,2 %.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (ohne Bauspareinlagen) bestanden in Höhe von 68 Mio. € (Vj.: 105,0 Mio. €). Die Fremdgelder wiesen ausschließlich kurze Restlaufzeiten auf.

Zum Jahresende wurden Rückstellungen in Höhe von 34,0 Mio. € ausgewiesen (Vj.: 90,1 Mio. €). Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen lagen bei 8,3 Mio. € (Vj.: 70,7 Mio. €). Der Rückgang ist auf die Auslagerung der Pensionsverpflichtungen zurückzuführen. Die verbliebene Rückstellung betrifft im Wesentlichen zukünftige Gehaltsanpassungen und Teile der vorzeitigen Risikoleistungen Invalidität und Tod, die nicht auf den Pensionsfonds ausgelagert werden dürfen.

Wertberichtigungen für die Risiken im Kreditgeschäft wurden in ausreichender Höhe gebildet. Die Eigenmittel gemäß Artikel 72 CRR beliefen sich am Bilanzstichtag 31. Dezember 2016 auf 123,9 Mio. €.

Personal und Nachhaltigkeit

Personalpolitik

Die LBS achtet auf ihre Attraktivität als Arbeitgeber in der Region. Zusammenarbeit und Führung orientieren sich am Leitbild der LBS und fördern die Identifikation mit dem Unternehmen auf der Basis von gemeinsamen Werten und Zielen.

Die Personal- und Wissensstruktur sowie die Unternehmenskultur werden auf die fortschreitende Digitalisierung im Arbeitsumfeld und auf den sich verändernden Mitarbeiter-Kunden-Kontakt ausgerichtet. Die Personalausstattung ist an die Rahmenbedingungen angepasst und auf die Zukunft ausgerichtet. Ein Schwerpunkt der Personalarbeit liegt auf der Potentialanalyse sowie der konzeptionellen Unterstützung der internen Personalentwicklung.

Führung und Zusammenarbeit sind darauf ausgerichtet, die aktuellen und zukünftigen Veränderungsprozesse in der LBS zu tragen und voranzutreiben. Die bereitgestellten Führungsinstrumente unterstützen die Führungsarbeit und werden kontinuierlich geprüft und ergänzt.

Führungs- und Unternehmenskultur

Die Unternehmenskultur der LBS wird getragen von Verantwortungsbewusstsein, Motivation und Zielorientierung. Zusammenarbeit und Führung orientieren sich am Leitbild der LBS und fördern die Identifikation mit dem Unternehmen auf der Basis von gemeinsamen Werten und Zielen. Die Führungskräfte stellen dabei das Bindeglied zwischen der Strategieumsetzung und der Etablierung der passenden Organisationsstruktur und Unternehmenskultur dar. Ein spezielles Führungskräfte-Entwicklungsprogramm unterstützt den Anspruch an eine einheitliche Führungskultur. Jährlich durchgeführte Befragungen zur Mitarbeiterzufriedenheit liefern wertvolle Hinweise auf Stärken der Unternehmenskultur sowie Impulse zur Weiterentwicklung.

Weiterbildung und Nachwuchssicherung

Den Herausforderungen des demografischen Wandels begegnet die LBS mit einer vorausschauenden Planung. Durch den Einsatz von etablierten Personalinstrumenten wird sichergestellt, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter den steigenden Anforderungen gerecht werden. Bedarfsgerechte Weiterbildungsmöglichkeiten sorgen dafür, dass die notwendigen Fähig- und Fertigkeiten sowie das benötigte Wissen im Unternehmen vorhanden sind. Ein Talentförderprogramm unterstützt die gezielte Weiterentwicklung von Nachwuchskräften.

Erfolgsorientierte Vergütung

Die Vergütungsstruktur der Beschäftigten richtet sich zum wesentlichen Teil nach den geltenden Tarifverträgen für das private Bankgewerbe und die öffentlichen Banken. Stellen, deren Anforderungen höher als die höchste Tarifgruppe bewertet werden, sind dem außertariflichen Bereich zugeordnet. Zur leistungsgerechten Verteilung von variablen Gehaltsbestandteilen setzt die LBS ein Zielvereinbarungssystem mit Zielerreichungsprämien ein.

Gesundheitsmanagement und -vorsorge

Der Gesunderhaltung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter misst die LBS seit Jahren eine große Bedeutung zu. Das Unternehmen führt jährlich Gesundheitstage durch, unterstützt den Betriebssport und bietet mit einer Sozialberatung Unterstützung in schwierigen beruflichen oder privaten Situationen an. Die Ergebnisse der jährlichen Mitarbeiterbefragung werden dazu genutzt, die erlebte Arbeitssituation in den Teams zu thematisieren und geeignete Maßnahmen abzuleiten. Dieser Dialog sensibilisiert alle Beteiligten und fördert den achtsamen Umgang miteinander.

Entwicklung der Belegschaft

Der Personalbestand der LBS lag im Jahresdurchschnitt 2016 bei 254 (Vj.: 255) Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Soziales Engagement

Als regional verbundenes Unternehmen unterstützte die LBS im letzten Jahr in Schleswig-Holstein und Hamburg soziale, kulturelle und sportliche Projekte mit Sponsoringmaßnahmen und Spenden im Gesamtwert von rd. 211 T€.

Unternehmensführung

Als „Bausparkasse der Sparkassen“ steht die LBS gemeinsam mit den Sparkassen für Werte wie Sicherheit, Planbarkeit, Flexibilität, regionale Verbundenheit und Kundennähe. Mit verständlichen, zinssicheren Produkten und qualifizierter Beratung unterstützt die LBS Menschen aus allen Bevölkerungsschichten beim gezielten Vermögensaufbau für den Immobilienerwerb, bei der Sicherung der Finanzierbarkeit und bei der Altersvorsorge. Sie hilft Immobilienbesitzern dabei, ihr Objekt zu erhalten und im Wert zu steigern.

Die LBS lässt dem Kunden die freie Wahl bezüglich der Nutzung von digitalen oder physischen Kontaktpunkten. Zu diesem Zweck fusioniert die LBS die digitale und physische Welt zu einem miteinander verknüpften und durchlässigen Multikontaktpunkt-Netz. Service-Chat, Videoberatung und -Legitimation sind einige der bisher umgesetzten Bausteine.

Die kundenzentrierte Ausrichtung der LBS wurde aufbauorganisatorisch verankert, Kundenprozesse werden systematisch überarbeitet und aktualisiert. Mit der Implementierung geeigneter Methoden wird kontinuierlich Kundenfeedback eingeholt. Die gewonnenen Erkenntnisse unterstützen die LBS dabei, Kundenprozesse kontinuierlich zu verbessern und Maßnahmen zur Steigerung der Kundenzufriedenheit zu entwickeln.

Compliance ist Bestandteil der Unternehmensführung und des Risikomanagements mit präventivem Ziel. Aufgaben, Aufbau und Funktion werden durch die relevanten Gesetze und aufsichtsrechtlichen Vorgaben für Kreditinstitute definiert.

Um die Umsetzung und Einhaltung der Regeln zu gewährleisten, hat die LBS eine entsprechende Compliance-Organisation aufgebaut. Der Compliance-Beauftragte ist in seiner Funktion direkt dem Vorstand unterstellt. Die Funktion des Geldwäschebeauftragten und der zentralen Stelle zur Verhinderung sonstiger strafbarer Handlungen gemäß § 25h KWG ist auf die Hamburger Sparkasse AG (Haspa) ausgelagert.

Risikobericht

Die LBS unterliegt als Kreditinstitut den gesetzlichen Bestimmungen des Bausparkassen- sowie des Kreditwesengesetzes, der CRR (Capital Requirements Regulation) und den sonstigen bankaufsichtsrechtlichen Vorschriften der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. Innerhalb dieser Rahmenbedingungen erfolgt ein kontrolliertes Eingehen von Risiken zur Wahrnehmung von Ertragschancen und zur Sicherung des Fortbestehens des Unternehmens.

Risikomanagement

Das Risikomanagementsystem der LBS dient der Erkennung, Analyse und der Steuerung der Unternehmensrisiken. Es ist darauf ausgerichtet, frühzeitig Entwicklungen zu erkennen, die geeignet sind, die finanzielle Lage der LBS zu gefährden und so Handlungsspielräume für die Sicherung des wirtschaftlichen Erfolgs und damit des Fortbestands des Unternehmens zu schaffen.

Der Vorstand der LBS trägt die Gesamtverantwortung für das Risikomanagement. Die Risikocontrolling-Funktion im Sinne

der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) liegt beim Leiter des Teams Risikocontrolling, das organisatorisch dem Bereich Gesamtbanksteuerung zugeordnet ist. Koordiniert durch den Leiter Risikocontrolling steuert die LBS ihre Risiken dezentral in den einzelnen Fachbereichen.

Die Aufgaben des Risikocontrollings umfassen u.a. die konzeptionelle Entwicklung, Implementierung, Pflege und Weiterentwicklung eines unternehmensweiten Risikomanagementsystems mit dem Schwerpunkt der Risikoidentifikation und -analyse, der aggregierten Informationsaufbereitung und der zeitnahen Information des Vorstands und der jeweiligen Verantwortlichen. Das Management von Risiken erfolgt in der LBS auf der Basis verabschiedeter Richtlinien für das Risikomanagement, die eine laufende Überwachung und Steuerung der Risiken sowie die Pflege und Weiterentwicklung des unternehmensweiten Risikomanagementsystems sicherstellen. Die wesentlichen Risikoarten sind in der Risikostrategie festgelegt, die Ende 2016 aktualisiert und vom Vorstand der LBS beschlossen wurde. Für den Geschäftsbetrieb der LBS wurden Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken, Liquiditätsrisiken, operationelle Risiken sowie Markt- und Absatzrisiken als wesentliche Risikobereiche identifiziert. Als übergeordnetes Instrument zur Bemessung und Steuerung der Risikosituation dient die in die Mehrjahresplanung eingebundene Risikotragfähigkeitsrechnung. Die Ermittlung der Risikotragfähigkeit erfolgt mit einem going-concern Ansatz mit GuV-/bilanzorientierter Ableitung des Risikodeckungspotenzials und unterscheidet zwischen einer kurzfristigen (operativen) und langfristigen (strategischen) Betrachtungsweise.

In der kurzfristigen Risikotragfähigkeit werden vierteljährlich die wesentlichen GuV-Größen im Rahmen einer Prognose ermittelt und hinsichtlich möglicher Ergebnisschwankungen (realisierte Verluste) analysiert und bewertet. Darüber hinaus erfolgt vierteljährlich die Quantifizierung unerwarteter Verlustrisiken für

die nächsten 12 Monate (rollierender Betrachtungszeitraum). Ausgehend vom ermittelten Risikodeckungspotenzial legt der Vorstand fest, welcher Anteil des Risikodeckungspotenzials zur Abdeckung von Risiken eingesetzt werden soll. Das Gesamtrisikolimit entspricht somit dem Risikoappetit der LBS. Die Allokation des Risikodeckungspotenzials bezieht sich stets auf einen rollierenden 12-Monatszeitraum. Die kurzfristige Risikotragfähigkeit ist gegeben, sofern sich die Summe der unerwarteten Verluste unterhalb des Gesamtrisikolimits bewegt.

Das Risikolimitsystem wird durch ein Risikofrühwarnsystem auf Ebene der einzelnen Risikoarten ergänzt. Ziel des Risikofrühwarnsystems ist, mögliche Risikoentwicklungen anhand spezieller Risikoindikatoren frühzeitig zu erkennen, um geeignete Gegensteuerungsmaßnahmen zeitnah einleiten zu können.

Die langfristige Risikotragfähigkeitsrechnung ist eine auf Szenarien basierende Sichtweise, die in Verbindung mit der Planung bzw. unterjährigen Prognose einen Steuerungskreis bildet. Zur Ermittlung der langfristigen Risikotragfähigkeit werden für alle wesentlichen Risikoarten Stressszenarien definiert und über einen 10-Jahres-Zeitraum simuliert. Bleibt das Risikodeckungspotenzial unter Berücksichtigung der aufsichtlichen Eigenmittelanforderungen für alle Szenarien über einen 5-jährigen Betrachtungszeithorizont positiv, gilt die Risikotragfähigkeit als gegeben. Die langfristige Risikotragfähigkeit wird unterjährig über die Einhaltung von Risikoindikatoren überwacht.

Darüber hinaus stellt die LBS im Rahmen ihrer Risikosteuerung auf die Kennzahlen des Risikomonitorings der Sicherungseinrichtungen der Sparkassen-Finanzgruppe ab. Zentraler Bestandteil des Risikomanagements ist ein System aus betriebswirtschaftlichen und aufsichtsrechtlichen Kennzahlen und Limitierungen, anhand derer Veränderungen der Risikolage der LBS frühzeitig erkannt und etwaige Gegensteuerungsmaßnahmen eingelei-

tet werden können. Das Kennzahlensystem ist in ein umfangreiches Berichts- und Meldewesen eingebunden. Vorstand und Aufsichtsrat erhalten vierteljährlich einen Risikobericht über die Auslastung der Limite, die Einhaltung der Risikoindikatoren und die Risikosituation in den wesentlichen Risikoarten. Im Falle besonderer bzw. akuter Vorkommnisse ist eine Adhoc-Berichterstattung zur unverzüglichen Information des Vorstandes, der Revision und des Aufsichtsrats eingerichtet.

Für die Bestimmung der aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen wendet die LBS seit 2008 den Kreditrisiko-Standardansatz und im Bereich der operationellen Risiken den Basisindikatoransatz an.

Adressenausfallrisiken

Unter Adressenausfallrisiko versteht die LBS das Risiko, dass ein Kreditnehmer Zinszahlungen und/oder Tilgungen nicht oder nicht fristgerecht leistet. Adressenausfallrisiken umfassen Ausfallrisiken, Länderrisiken und Beteiligungsrisiken.

Die Struktur des Bausparkkreditgeschäfts der LBS ist gekennzeichnet durch die Kreditvergabe ausschließlich für wohnwirtschaftliche Maßnahmen, eine starke Fokussierung auf Privatkunden und die breite Risikostreuung mit einer Vielzahl von Krediten mit vergleichsweise kleinen Kreditvolumina. Durch die regionale Ausrichtung der LBS auf das Geschäftsgebiet Schleswig-Holstein und Hamburg besteht eine bewusst eingegangene Risikokonzentration. Die LBS profitiert von wesentlichen Informationsvorteilen aufgrund der lokalen Marktkenntnis und der größeren Ortsnähe. Darüber hinaus erfolgt eine Diversifikation durch die Kapitalanlage auf anderen Märkten. Durch die ausschließliche Besicherung der Darlehen mit zulässigen Sicherheiten nach dem Bausparkkassengesetz, unter grundsätzlicher Wahrung der Beleihungsgrenze bis 80 %, ist eine gute Risikostruktur vorhanden. Diese branchenspezifischen Besonderheiten wirken insgesamt risikomindernd für die LBS.

Die Kreditvergabe ist durch detaillierte Geschäftsprozesse und ein umfassendes Bewilligungskompetenzsystem geregelt. Bei bestimmten Kreditvorgängen erfolgt vor der Bewilligungsentscheidung die Einholung eines zweiten Votums durch einen marktunabhängigen Bereich. Die Risikoklassifizierung des Kreditgeschäfts vor Kreditvergabe erfolgt grundsätzlich durch die in der Sparkassenfinanzgruppe zentral entwickelten Scoringverfahren. Das Scoringergebnis ist Bestandteil der Kreditentscheidung und der Kompetenzsteuerung. Das Kundenkreditgeschäft unterliegt nahezu vollständig dem turnusmäßigen Bestandsscoring.

Soweit akute und latente Kreditrisiken bestehen, werden zur Risikovorsorge nach festgelegten Kriterien Wertberichtigungen ermittelt und gebildet. Es bestehen prozessuale Regelungen, nach denen leistungsgestörte Engagements einer gesonderten Bearbeitung zu unterziehen sind. Hiernach erfolgt unter anderem die Überwachung der Einhaltung der Zahlungspflichten des Kunden über ein gestaffeltes Mahnverfahren.

Kreditrisiken hat die LBS in ausreichender Höhe abgedeckt. Zum 31.12.2016 verfügte die LBS über Risikovorsorgen für Einzelrisiken in Höhe von 3,1 Mio. € (Vj.: 3,6 Mio. €). Dies entspricht 0,23 % (Vj.: 0,26 %) des Darlehensgesamtbestands im Kundenkreditgeschäft.

Die im Rahmen der Risikostrategie festgelegte Risikoausrichtung im Kundenkreditgeschäft wird regelmäßig über einen vierteljährlichen Kreditrisikobericht überprüft.

Das Adressenausfallrisiko im Wertpapierbestand wird bereits durch die Anlagevorschriften im Bausparkkassengesetz deutlich eingeschränkt. Die Anlage verfügbarer Gelder nach § 4 BausparkG in Inhaber- und Namensschuldverschreibungen, Termingeldern, Schuldscheindarlehen sowie in Spezialfonds erfolgt im Rahmen ratingabhängiger Limite. Dabei gilt für die Eigenanla-

ge grundsätzlich mindestens ein A-Rating, für die Spezialfonds mindestens Investmentgrade.

Die LBS schließt ihre Geldanlage- und Geldaufnahmegeschäfte grundsätzlich über inländische Institute ab, die mindestens ein A-Rating aufweisen und wirkt so möglichen Kontrahentenrisiken entgegen.

Länderrisiken im Wertpapierbestand werden durch ein Limitssystem überwacht, das Ausfall- und Länderrisiken kombiniert. Durch die Limitierung werden Risikokonzentrationen vermieden.

Ein weiterer Bestandteil des Adressenausfallrisikos ist das Risiko von Verlusten aus Beteiligungen, welches dem Anteilseigner aus der Zurverfügungstellung von Eigenkapital an Dritte entstehen kann. Für Bausparkassen bestehen hier gesetzliche Beschränkungen. Der Bilanzwert der gehaltenen Beteiligungen lag per 31.12.2016 unverändert bei 0,3 Mio. €. Durch die regelmäßige Überwachung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Beteiligungen sowie im Rahmen der Ausübung von Mandaten in einzelnen Beteiligungen können risikorelevante Entwicklungen frühzeitig erkannt werden.

In der CRR wird ein Mindestwert von 8,0 % für das Verhältnis von Eigenmitteln zu den risikogewichteten Aktiva vorgeschrieben. Zusätzlich war ein Kapitalerhaltungspuffer von 0,625 % - Punkten gem. § 64r KWG einzuhalten. Die hieraus resultierende Mindestanforderung von 8,625 % wurde im Gesamtjahr 2016 deutlich überschritten. Im Dezember 2016 hat die BaFin eine Allgemeinverfügung zum Zinsänderungsrisiko im Anlagebuch erlassen. Hieraus resultiert für die LBS eine zusätzliche Eigenmittelanforderung von 0,6 % - Punkten. Die nach dem Kreditrisiko-Standardansatz ermittelte Gesamtkapitalquote betrug zum Jahresende 13,2 % (Vj.: 12,7 %). Die aufsichtliche Gesamtkapitalanforderung wurde eingehalten.

Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken existieren bei der LBS grundsätzlich in Form von Zinsänderungsrisiken und Immobilienrisiken.

Zinsänderungsrisiken ergeben sich aus möglichen Veränderungen von Zinsniveau und -struktur und sind abhängig von der Laufzeitstruktur der Bilanzbestände. Auf Grund von Änderungen in Zinsniveau und -struktur können Wertberichtigungen bei Wertpapieren notwendig werden und Verhaltensänderungen bei Kunden resultieren.

Die LBS hält ihre Wertpapiere grundsätzlich bis zur Fälligkeit. Daraus ergeben sich auf die Gesamtlaufzeit bezogen keine erhöhten Marktpreisrisiken. Im Hinblick auf Zinsänderungsrisiken werden die Festzinspositionen monatlich im Rahmen einer Ablaufbilanz ausgewertet und unter Berücksichtigung der aktuellen Ertrags- und Risikosituation sowie der Marktentwicklung gesteuert. Darüber hinaus werden zur Ermittlung des Zinsänderungsrisikos monatliche Cashflow-Bilanzen erstellt und Barwertänderungen unter Annahme von fiktiven Zinssatzänderungen ermittelt. Die Einhaltung des bankaufsichtlichen Limits zum BaFin-Zinsrisikoeffizienten zur Überwachung der Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch wird monatlich überwacht und an den Vorstand berichtet.

Insbesondere bei einer anhaltenden Niedrigzinsphase können sich für eine Bausparkasse aufgrund der Tarifstruktur Ertragsrisiken im kollektiven Bereich ergeben. Ein zu hoher Anteil an Tarifen mit hoher Guthabenverzinsung hat insbesondere bei rückläufiger Darlehensinanspruchnahme negative Auswirkungen auf die Ertragslage. Als Gegenmaßnahme begrenzt die LBS in den Hochzinstarifen die Höhe der Bausparsummen und des Spargeldeingangs. In 2016 wurden Verträge, überspart waren oder mehr als 10 Jahre die Zuteilung nicht in Anspruch genommen haben, gekündigt.

Immobilienrisiken können aus der Fehleinschätzung der Sicherheiten bei der Kreditvergabe oder durch Wertverlust im Zeitablauf entstehen. In Verbindung mit dem gesetzlich reglementierten Geschäftsmodell als Bausparkasse verfügt die LBS über einen hohen Bestand an grundpfandrechtlich gesicherten Krediten. Die Wertermittlung im Eigengeschäft der LBS erfolgt DV-gestützt in standardisierten Prozessen, die die Anforderungen der Beleihungswertermittlungsverordnung erfüllen. Darüber dienen ein Marktschwankungskonzept zur regelmäßigen Überwachung der Immobilienwerte sowie die Überprüfung von möglichen Marktschwankungen anhand einer regionalen Immobiliendatenbank als Grundlage zur Steuerung von Immobilienrisiken.

Die Kapitalanlage des Pensionsfonds sieht neben Staatsanleihen, Pfandbriefen und Unternehmensanleihen auch eine Anlage in Aktien, teilweise in Fremdwährungen, vor. Für den Pensionsfonds können Marktpreisrisiken zu einer Wertverminderung des Pensionsvermögens und damit ggf. zu einer Unterdeckung führen. Im Falle einer Unterdeckung ist die LBS verpflichtet, Nachschusszahlungen gegenüber dem Pensionsfonds zu erbringen. Risiken aus etwaigen Nachschusszahlungen steuert die LBS im Rahmen von Szenariobetrachtungen in Verbindung mit ihrer Risikotragfähigkeitsrechnung.

Liquiditätsrisiken

Die expansive Geldpolitik der EZB sorgt weiterhin für eine Übersteuerung der Finanzmärkte. Fragen zur Liquiditätshaltung und -sicherung stehen für die LBS daher unverändert im Fokus. Im Rahmen der kurz- und mittelfristigen Liquiditätsplanung werden Liquiditätsrisiken unter besonderer Berücksichtigung der Kollektiventwicklung so gesteuert, dass die LBS ihre Zahlungsverpflichtungen jederzeit erfüllen kann. Zur Absicherung unerwarteter kurzfristiger Liquiditätsengpässe können vorrangig laufend vorgehaltene kurzfristig fällige Geldanlagen eingesetzt,

vertraglich vereinbarte Kreditlinien in Anspruch genommen oder auch Geld- und Kapitalmarktdarlehen aufgenommen werden. Es besteht ein Zugang zu den Offenmarktgeschäften der Bundesbank, der im Geschäftsjahr 2016 jedoch nicht in Anspruch genommen wurde.

Die Liquiditätskennzahl gemäß Liquiditätsverordnung bewegte sich im Jahresverlauf 2016 jederzeit oberhalb der aufsichtsrechtlichen Mindesthöhe von 1,0. Per 31.12.2016 lag sie bei 1,42 (Vj.: 1,52). Die Liquidity Coverage Ratio (LCR) gemäß der Delegierten Verordnung (EU) 2015/16 zu den Liquiditätsdeckungsanforderungen betrug 1,35 (Vj.: 1,59).

Operationelle Risiken

Zu den operationellen Risiken zählt die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder aufgrund externer Einflüsse eintreten können. Diese Definition umfasst auch Rechtsrisiken. Einem Ausfall von IT-Systemen wird durch den Einsatz umfangreicher Sicherungssysteme entgegengewirkt. Darüber hinaus bestehen entsprechende Notfallpläne und Vereinbarungen, in denen die Maßnahmen und Verantwortlichkeiten dokumentiert sind. Die Risiken in den Kern- und Unterstützungsprozessen der LBS werden durch systemimmanente Prüfungen und Kontrollen der risikobehafteten Arbeitsabläufe weitgehend begrenzt. Zur Verbesserung der Steuerung operationeller Risiken setzt die LBS eine Schadensfalldatenbank ein.

Markt- und Absatzrisiken

Für die LBS bestehen Markt- und Absatzrisiken insbesondere in der hohen Wettbewerbsintensität im Bauspargeschäft, in der privaten Baufinanzierung und im Vorsorgegeschäft. Weitere Einflussfaktoren sind das Kundenverhalten, das von der Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Rahmendaten (z. B. Zinsniveau und staatliche Förderung) geprägt wird, sowie die geschäftspolitische

Ausrichtung der Hauptvertriebspartner der LBS. Eine aus dem hohen Vermittlungsanteil der Sparkassen resultierende Konzentration bei den Markt- und Absatzrisiken wird bewusst eingegangen und steht im Einklang mit der Geschäftsstrategie der LBS. Der Ausrichtung auf die Sparkassen stehen wesentliche Vorteile im Rahmen einer gemeinsamen Marktbearbeitung gegenüber.

Im Rahmen der Steuerung der Markt- und Absatzrisiken stellt die LBS im Wesentlichen auf eine intensive Marktbeobachtung, eine attraktive Produkt-, Konditions- und Provisionspolitik sowie neben dem eigenen Außendienst auf eine enge Zusammenarbeit mit den schleswig-holsteinischen Sparkassen und der Haspa ab.

Im Hinblick auf die zunehmende Digitalisierung hat die LBS in Verbindung mit ihrer Strategie zur digitalen Transformation Handlungsbedarfe identifiziert und in einem gesonderten Bebauungsplan konkretisiert. LBS-interne Umsetzungsschritte im Hinblick auf Auswirkungen auf die Unternehmenskultur, die Aufbau- und Ablauforganisation sowie IT-Systeme werden auf Basis des dynamischen Bebauungsplans sukzessive im Rahmen von Maßnahmen bzw. Projekten umgesetzt. Wegen der steigenden Bedeutung der medialen Vertriebswege und Vermittlungsplattformen werden die Chancen, die aus dieser Entwicklung resultieren, in Zusammenarbeit mit den Vertriebspartnern ausgestaltet.

Aus der Geschäftsstrategie werden konsequent jährliche Marktanteils- und Umsatzziele abgeleitet. Die Zielerreichungsgrade werden laufend überwacht und kommuniziert, Abweichungen analysiert und ggf. Gegensteuerungsmaßnahmen getroffen.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Die LBS verfügt in der Gesamtschau über ausreichende Instrumente zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle der Risiken des Geschäftsbetriebs einer Bausparkasse. Im Berichtsjahr 2016

hat die LBS die geltenden aufsichtsrechtlichen Vorschriften zu Liquidität und Eigenkapital jederzeit erfüllt. Die Risikotragfähigkeit der LBS war zu jedem Zeitpunkt gegeben. Im Rahmen der aktualisierten Planung wurden Stressszenarien, die hinsichtlich des Grads ihrer Ausprägung als wenig wahrscheinlich, aber nicht unmöglich eingestuft werden können, auf langfristige Risikotragfähigkeit geprüft. Die Ergebnisse zeigen, dass ein dauerhaftes Anhalten der extremen Niedrigzinsphase die Ertragskraft signifikant beeinflusst und zu einer Substanzgefährdung führt. Bestandsgefährdende Risiken bestehen nicht.

Prognose- und Chancenbericht

Für den Euroraum wird für 2017 eine Fortsetzung der konjunkturellen Erholung in etwa mit dem Tempo des Vorjahres erwartet. Wirtschaftspolitisch sind einige der Länder mit Struktur- und Schuldenproblemen noch nicht über den Berg. Es bleiben weitere begleitende Strukturreformen nötig.

Für Deutschland wird erwartet, dass sich der verhaltene Aufschwung solide fortsetzt. Strukturell dürfte in den nächsten Jahren der Preisauftrieb eher über dem Schnitt des Euroraums liegen. Hauptstütze bleibt die lebhaftere Binnennachfrage, die weiterhin von der günstigen Arbeitsmarktlage und von steigenden Einkommen der privaten Haushalte profitiert. Für 2017 wird ein kalenderbereinigtes Wirtschaftswachstum von 1,8 % erwartet.

In der Binnennachfrage fallen die Wachstumsbeiträge des Konsums etwas schwächer aus als im Vorjahr, weil in 2016 noch wirksame Sonderfaktoren inzwischen ausgelaufen sind bzw. sich jetzt sogar umdrehen. So profitiert die Kaufkraft der privaten Haushalte nicht mehr von einer erneuten Verbilligung der Energierechnung. Dennoch soll der private Verbrauch real um

1,4 % zulegen. Der staatliche Konsum wird nicht mehr so stark von der Flüchtlingszuwanderung getrieben, wächst aber mit 2,4 % nochmal überproportional zum BIP.

Die Bauinvestitionen dürften weiterhin vor allem im Bereich des Wohnungsbaus zulegen. Für den Wohnungsbau und die Wohneigentumsbildung in Deutschland bilden die günstigen Rahmenbedingungen zusammen mit den niedrigen Zinsen auch in 2017 weiterhin gute Aussichten. Steigende Mieten in den Wachstumsregionen erhöhen den Druck auf den Immobilienmarkt und fördern den Wunsch nach den eigenen vier Wänden.

Der Kernnutzen des Bausparens als gleichermaßen sicheres und flexibles Immobilienfinanzierungsinstrument entspricht den Bedürfnissen breiter Bevölkerungsschichten. Die Unabhängigkeit des Bauspardarlehens von den Schwankungen des Kapitalmarkts, sein garantierter Zins, die individuellen Freiheiten bei der Besparung des Vertrages und die jederzeit möglichen Sondertilgungen in der Darlehensphase sind Produktvorteile, die überzeugen. Den Nutzen des Bausparens vermittelt die LBS durch die Ergänzung der bundesweiten Kommunikation um regionale Kampagnen, die Kunden mit persönlich relevanten Botschaften emotional ansprechen.

Die LBS ist kompetenter Ansprechpartner in allen Fragen, die Bau, Kauf oder Modernisierung einer Immobilie betreffen. Zielgruppenspezifische Finanzierungsmodelle unterstützen Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen und helfen dabei, frühzeitig ein finanzielles Polster aufzubauen.

Marktforschungsergebnisse belegen die nachhaltige Beliebtheit der Immobilie als Altersvorsorge. Dieser Trend wird durch das niedrige Marktzinsniveau verstärkt, da sich hierdurch die Bedeutung der frühzeitigen Altersvorsorge generell erhöht und zugleich die Attraktivität der Immobilie als Altersvorsorge-

instrument aufgrund der gesunkenen Renditen alternativer Anlagen zunimmt. Unter diesen Rahmenbedingungen haben sich Wohn-Riester-Bausparverträge als Altersvorsorge-Produkt etabliert.

In der laufenden Planungsperiode geht die LBS für die Gesamtbanksteuerung aufgrund der anhaltenden expansiven Geldpolitik der EZB von einem langfristig konstanten Zins auf niedrigem Niveau aus. Neben der konsequenten Umsetzung und Weiterführung der erkannten beziehungsweise bereits eingeleiteten Maßnahmen zur Bewältigung der Herausforderungen aus der Niedrigzinsphase bleibt die organisatorische Ausrichtung auf die festgelegten strategischen Schwerpunkte eine Kernaufgabe der LBS. Zu diesen Schwerpunkten zählen die Kundenzentrierung, der Auf- und Ausbau des Plattformgeschäfts und die weitere digitale Transformation. Der Fokus liegt auf Maßnahmen, die zu mehr Kunden- und Marktnähe führen oder die durch Effizienzsteigerungen die hierfür nötigen Handlungs- und Gestaltungsspielräume verschaffen.

Im kommenden Jahr rechnet die LBS mit einem Neugeschäftszuwachs und einer Behauptung ihrer Marktposition. In 2017 soll die Vertriebsleistung auf 2,0 Mrd. € Bruttobausparsumme gesteigert werden, in den nachfolgenden Jahren wird von einem konstanten Neugeschäft ausgegangen. Der Marktanteil wird Ende 2017 bei 34 % erwartet. Für das laufende Jahr plant die LBS eine Anpassung des Tarifangebots an das Zinsumfeld sowie die Entwicklung von Produkten zum einfachen Eigenkapitalaufbau.

Die strategische Ausrichtung der LBS als kundenzentrierte Organisation und die in 2015 begonnene konsequente Durchführung einer digital-physischen Fusion bleiben wesentliche Mittel, um die angestrebte Marktposition zu erreichen. Seit Jahresbeginn 2017 können Kunden mit Hilfe der Videolegitimation fallabschließend Bausparverträge über www.lbs.de abschließen. Der

in 2016 eingeführte Text-Chat zur Kundenberatung wird Anfang 2017 um einen Video-Chat ergänzt. Im Jahresverlauf führt die LBS mit dem Net Promoter Score ein etabliertes Instrument zur Messung der Zufriedenheit und der Loyalität ihrer Kunden ein. Im Sinne der internen Digitalisierung implementiert die LBS eine Collaborationsplattform im Innen- und Außendienst.

Aufgrund der anhaltend niedrigen Finanzierungskonditionen und der hohen Immobiliennachfrage erwartet die LBS weiterhin eine hohe Nachfrage für das außerkollektive Kreditgeschäft. Neuabschlüsse werden leicht über dem Niveau des abgelaufenen Geschäftsjahres erwartet und dürften die Fälligkeiten übersteigen. Für den außerkollektiven Darlehensbestand wird ein spürbares Wachstum erwartet. Die LBS stellt seit Ende 2016 mit FINMAS einen weiteren Vertriebskanal für die Kreditvermittlung zur Verfügung.

Das kollektive Kreditgeschäft wird auch in 2017 durch hohe Darlehensverzichte und Tilgungsleistungen geprägt sein. Jüngere Tarife mit niedrigerer Darlehensverzinsung werden zunehmend in die Zuteilung kommen, können den rückläufigen Trend aber noch nicht kompensieren, so dass der Rückgang im kollektiven Darlehensbestand weiter anhalten wird. Der Bestand an Baudarlehen insgesamt wird aufgrund des Anstiegs im außerkollektiven Kreditgeschäft auf dem Niveau des abgelaufenen Geschäftsjahres erwartet. Die LBS bestätigt damit ihre Position als Immobilienfinanzierer.

Auch die Bauspareinlagen werden weiter kontinuierlich ansteigen, so dass für 2017 wieder mit einem leichten Anstieg der Bilanzsumme gerechnet wird.

Die erwarteten Zuteilungen werden durch höhere Spareinzahlungen und Tilgungsbeträge in 2017 mehr als kompensiert, so dass für den kollektiven Cashflow ein deutlicher Überschuss er-

wartet wird. Die kollektive Liquidität ist auch in den Folgejahren jederzeit sichergestellt.

Der Zinsüberschuss wird in 2017 zurückgehen, da sowohl die Geldanlage als auch die außerkollektiven Darlehen unmittelbar durch das niedrige Zinsniveau beeinflusst werden. Der durchschnittliche Zinsaufwand für Bauspareinlagen wird in 2017 aufgrund der relativ günstig verzinsten Spargeldeingänge aus jüngeren Tarifgenerationen sowie Maßnahmen aus dem aktiven Bestands- und Produktmanagement weiter sinken. Nach einem weiteren leichten Rückgang wird mit steigender Trägheitsreserve und aufgrund der eingeleiteten Steuerungsmaßnahmen bis zum Ende des 5-Jahres-Planungszeitraums mit einer Stabilisierung des Zinsüberschusses gerechnet.

Das Provisionsergebnis wird wesentlich durch das Neugeschäftsvolumen und die bereits in 2013 eingeführten Tarife mit Jahresentgelt beeinflusst. Im Planungszeitraum kommt es zu einer zunehmenden Entlastung im Provisionsergebnis.

Der Verwaltungsaufwand des Geschäftsjahres 2016 weist einmalige Belastungen aus der Auslagerung der Pensionsverpflichtungen auf. Der Verwaltungsaufwand wird sich auf dem bereinigten Niveau des abgelaufenen Geschäftsjahres stabilisieren.

Aufgrund der Auslagerung der Pensionsverpflichtungen spielt der Abzinsungsaufwand für Pensionsrückstellungen, der sich im Saldo aus den sonstigen ordentlichen Erträgen und Aufwendungen niederschlägt, nur noch eine untergeordnete Rolle. Es wird kein nennenswertes sonstiges betriebliches Ergebnis erwartet.

Auch in 2017 wird von erheblichen finanziellen, personellen und organisatorischen Anforderungen an die Institute durch weitere regulatorische Vorgaben sowie umfassende Verbraucherschutzvorschriften ausgegangen.

Das Jahresergebnis 2017 wird aufgrund des Zinsniveaus niedrige Gewinnmargen aufweisen, und unter dem Niveau des abgelaufenen Geschäftsjahres liegen.

Die in diesem Lagebericht enthaltenen vorausschauenden Aussagen beruhen auf heutigen Erwartungen und bestimmten Annahmen und bergen daher eine Reihe von Risiken und Ungewissheiten. Geschäftsaktivitäten der LBS werden zudem von Faktoren, die außerhalb der Steuerungsmöglichkeiten der LBS liegen, beeinflusst. Tatsächliche Ergebnisse können wesentlich von den zukunftsgerichteten Aussagen abweichen.

Sonstiges

Verbundene Unternehmen

Gemäß § 312 AktG hat die LBS über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen einen Bericht erstellt. Dieser schließt mit: „Wir erklären, dass die LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG im Berichtsjahr 2016 nach den Umständen, die uns in dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem Rechtsgeschäfte mit dem SGVSH oder einem mit ihm verbundenen Unternehmen vorgenommen wurden, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhielt. Maßnahmen auf Veranlassung oder im Interesse des SGVSH oder eines mit ihm verbundenen Unternehmens hat unsere Gesellschaft weder getroffen noch unterlassen.“

Einlagensicherung

Die LBS ist als Mitglied des Sicherungsfonds der Landesbausparkassen dem als Einlagensicherungssystem anerkannten institutsbezogenen Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe angeschlossen.

Mitgliedschaften

Die Bausparkasse gehört u.a. folgenden Verbänden und Vereinen an:

- Deutscher Sparkassen- und Giroverband e.V., Berlin,
- Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB, e.V., Berlin,
- Hanseatischer Sparkassen- und Giroverband, Hamburg,
- Europäische Bausparkassenvereinigung, Brüssel,
- Institut für Städtebau, Wohnungswirtschaft und Bausparwesen e.V., Berlin,
- Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen e.V., Berlin,
- Verband Norddeutscher Wohnungsunternehmen e.V., Hamburg,
- Grundeigentümer-Verband Hamburg, Hamburg

Kiel/Hamburg, den 16.03.2017

LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG

Der Vorstand

Peter Magel

Jens Grelle

BILANZ

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2016

Aktivseite

	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR Vorjahr
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			6.668,71		13
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			<u>168.469,26</u>		0
darunter:					
bei der Deutschen Bundesbank	168.469,26			175.137,97	(0) 13
2. Forderungen an Kreditinstitute				546.711.436,81	423.283
andere Forderungen					
darunter:					
täglich fällig	11.513.615,92				(14.893)
3. Forderungen an Kunden					
a) Baudarlehen					
aa) aus Zuteilungen (Bauspardarlehen)		192.888.761,22			252.054
ab) zur Vor- und Zwischenfinanzierung		1.085.782.309,37			1.059.219
ac) sonstige		<u>39.963.006,41</u>			<u>29.847</u>
darunter			1.318.634.077,00		1.341.120
durch Grundpfandrechte gesichert	1.025.698.083,68				(1.075.298)
b) andere Forderungen			<u>22.374.422,52</u>		<u>22.588</u>
				1.341.008.499,52	1.363.708
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
Anleihen und Schuldverschreibungen					
a) von öffentlichen Emittenten			125.512.890,41		176.049
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	125.512.890,41				(176.049)
b) von anderen Emittenten			104.710.108,50		145.690
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	94.406.409,86				(135.386)
				230.222.998,91	321.739
5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				364.172.485,98	344.972
6. Beteiligungen				3.221,13	3
7. Anteile an verbundenen Unternehmen				260.000,00	260
8. Immaterielle Anlagewerte					
a) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			105.323,04		215
b) geleistete Anzahlungen			<u>5.195.344,38</u>		<u>4.185</u>
				5.300.667,42	4.400
9. Sachanlagen				14.838.627,38	15.450
10. Sonstige Vermögensgegenstände				4.156.175,44	2.587
11. Rechnungsabgrenzungsposten				<u>305.263,01</u>	<u>399</u>
Summe der Aktiva				<u>2.507.154.513,57</u>	<u>2.476.814</u>

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2016

Passivseite

	EUR	EUR	EUR	TEUR Vorjahr
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) Bauspareinlagen		65.821.126,24		69.695
darunter :				
auf gekündigte Verträge	0,00			(0)
auf zugeteilte Verträge	0,00			(0)
b) andere Verbindlichkeiten		<u>67.997.484,44</u>		<u>104.998</u>
			133.818.610,68	174.693
darunter :				
täglich fällig	67.997.484,44			(104.998)
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Einlagen aus dem Bauspargeschäft und Spareinlagen				
Bauspareinlagen		2.194.387.152,81		2.068.763
darunter:				
auf gekündigte Verträge	23.795.052,73			(27.199)
auf zugeteilte Verträge	38.962.879,59			(38.358)
b) andere Verbindlichkeiten				
täglich fällig		<u>9.835.592,45</u>		<u>13.628</u>
			2.204.222.745,26	2.082.391
3. Sonstige Verbindlichkeiten			6.792.422,54	6.723
4. Rechnungsabgrenzungsposten			149.658,30	324
5. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		8.295.763,00		70.730
b) Steuerrückstellungen		7.462.000,00		0
c) andere Rückstellungen		<u>18.244.327,95</u>		<u>19.418</u>
			34.002.090,95	90.148
6. Fonds zur baupartechnischen Absicherung			675.698,81	676
7. Fonds für allgemeine Bankrisiken			18.165.562,83	18.166
8. Eigenkapital				
a) Grundkapital		21.739.130,00		21.739
b) Kapitalrücklage		77.208.282,52		77.208
c) Bilanzgewinn		<u>10.380.311,68</u>		<u>4.746</u>
			<u>109.327.724,20</u>	<u>103.693</u>
			<u>2.507.154.513,57</u>	<u>2.476.814</u>
Andere Verpflichtungen				
Unwiderrufliche Kreditzusagen			66.140.659,98	58.876

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016

	EUR	EUR	EUR	TEUR Vorjahr
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften				
aa) Bauspardarlehen	8.615.817,54			11.772
ab) Vor- und Zwischenfinanzierungskredite	37.683.931,84			37.969
ac) sonstige Baudarlehen	1.026.871,30			1.025
ad) sonstige Kredit- und Geldmarktgeschäfte	10.686.958,69			11.324
				<u>62.090</u>
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		58.013.579,37		9.345
		<u>8.984.017,99</u>		<u>9.345</u>
			66.997.597,36	71.435
2. Zinsaufwendungen				
a) für Bauspareinlagen		31.873.831,12		34.008
b) andere Zinsaufwendungen	19.990,48			24
Positive Zinsen auf Geldaufnahmen	<u>-166.601,75</u>			<u>-46</u>
		<u>-146.611,27</u>		<u>(-22)</u>
			31.727.219,85	33.986
3. Laufende Erträge aus				
Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			7.460.381,13	6.999
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			756.196,43	493
5. Provisionserträge				
a) aus Vertragsabschluss und -vermittlung		14.876.829,25		16.459
b) aus der Darlehensregelung nach der Zuteilung		25.772,65		56
c) andere Provisionserträge		<u>1.984.731,96</u>		<u>1.465</u>
			16.887.333,86	17.980
6. Provisionsaufwendungen				
a) Provisionen für Vertragsabschluss und -vermittlung		16.426.576,75		18.821
b) andere Provisionsaufwendungen		<u>1.305.886,19</u>		<u>1.306</u>
			17.732.462,94	20.127
7. Sonstige betriebliche Erträge			10.422.186,41	5.920
8. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	14.185.630,99			14.718
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>12.288.144,84</u>			<u>2.663</u>
		26.473.775,83		17.381
darunter:				
für Altersversorgung	9.736.161,66 EUR			(147)
b) andere Verwaltungsaufwendungen		<u>12.717.788,08</u>		<u>13.571</u>
			39.191.563,91	30.952
9. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			981.919,20	1.345
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen			4.224.629,54	9.934
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			0,00	498
12. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			537.226,40	0
13. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			16.740.599,00	0
14. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			<u>25.943.725,15</u>	<u>5.985</u>
15. Außerordentliche Erträge			<u>7.917,84</u>	<u>7</u>
16. Außerordentliche Aufwendungen			<u>9.843.411,00</u>	<u>1.094</u>
17. Außerordentliches Ergebnis			<u>-9.835.493,16</u>	<u>-1.087</u>
18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			<u>10.433.591,82</u>	<u>3.009</u>
19. Sonstige Steuern			<u>40.110,69</u>	<u>56</u>
20. Jahresüberschuss			<u>5.634.529,48</u>	<u>1.833</u>
21. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			<u>4.745.782,20</u>	<u>2.913</u>
22. Bilanzgewinn			<u><u>10.380.311,68</u></u>	<u><u>4.746</u></u>

ANHANG

Allgemeine Angaben

Die Gesellschaft ist im Handelsregister beim Amtsgericht Kiel unter der Nr. HRB 6126 KI und im Handelsregister beim Amtsgericht Hamburg unter der Nr. HRB 102253 eingetragen.

Der Jahresabschluss ist nach den Vorschriften des Aktiengesetzes, des Handelsgesetzbuchs und den ergänzenden Vorschriften der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute aufgestellt. Die in den gesetzlichen Formblättern vorgesehenen, aber nicht belegten Posten werden nicht ausgewiesen.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sind zum Nennwert bilanziert. Bei der Abschlussgebühr auf Riester-Verträge wird der Barwert als beizulegender Wert angesetzt. Für erkennbare Risiken sind Wertberichtigungen in ausreichender Höhe gebildet und von den Forderungen abgesetzt worden.

Die dem Anlagevermögen zugeordneten Schuldverschreibungen in Höhe von nominal 228.000 TEUR werden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sind zum Anschaffungswert, vermindert um die Abschreibungen, ausgewiesen.

Die Sachanlagen sowie die immateriellen Vermögensgegenstände sind mit den Anschaffungskosten, vermindert um die Abschreibungen, angesetzt. Die Abschreibung für das jeweilige Wirtschaftsgut wird nach der Nutzungsdauer vorgenommen. Wirtschaftsgüter im Wert von über 150,00 EUR bis 1.000,00 EUR

werden in einem Sammelposten zusammengefasst, der gleichmäßig über 5 Jahre aufgelöst wird. Geringwertige Wirtschaftsgüter bis zu einer Höhe von 150,00 EUR werden im Jahr der Anschaffung als Aufwand gebucht.

Die sonstigen Vermögenswerte sind zum Nennwert ausgewiesen. Sämtliche Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert. Die im passiven Rechnungsabgrenzungsposten enthaltenen Agien werden im Wesentlichen nach der Zinsstaffelmethode auf die durchschnittliche Darlehenslaufzeit bezogen aufgelöst.

Die Pauschalwertberichtigungen für Kredite wurden grundsätzlich nach den Vorgaben des BMF-Schreibens vom 10.01.1994, jedoch ohne den steuerlich notwendigen Abschlag von 40 %, gebildet.

Die LBS verfügt über diverse Zusagen auf betriebliche Altersversorgung in Form von unmittelbaren Pensionszusagen, für die entsprechende Pensionsrückstellungen gebildet wurden.

Zur Absicherung und Finanzierung der Pensionsansprüche und als Reaktion auf die handelsbilanziellen Belastungen aufgrund der Niedrigzinsphase wurden wesentliche Teile der Versorgungsverpflichtungen zum 31.12.2016 in einen nicht versicherungsförmigen Pensionsfonds überführt. Der Wechsel des Durchführungsweges ist nachfolgend dargestellt.

Die Pensionsrückstellungen werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Anwendung der Richttafeln 2005G von Prof. Heubeck nach den Bestimmungen § 253 Abs.2 Satz 2 HGB ermittelt. Als Bewertungsverfahren wurde die „Projected Unit Credit Method“ verwendet. Es wurde ein

Rechnungszins von 4,01 %, ein Gehalts- und Karrieretrend von 2,2 %, ein Rententrend von bis zu 2,0 %, ein Beitragsbemessungsgrundlagetrend von 2,0 % sowie eine Inflationssteigerung von 1,5 % zu Grunde gelegt. Der Berechnung liegt das frühest mögliche Renteneintrittsalter zu Grunde.

Der maßgebliche Abzinsungssatz nach § 253 Abs. 2 HGB wird seit der Änderung der handelsrechtlichen Regelungen für die Bewertung von Altersversorgungsverpflichtungen durch den Bundestag im Februar 2016 verpflichtend über einen Durchschnitt der letzten 10 Jahre (bisher 7 Jahre) berechnet.

Die im Vorjahr unter Anwendung der Übergangsregelung des Artikels 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB i.V.m. Artikel 67 Abs. 2 EGHGB noch nicht erfolgte Zuführung zu den Pensionsrückstellungen von 9.843 TEUR wurde vollständig nachgeholt und ist im außerordentlichen Aufwand ausgewiesen.

Bestimmte Versorgungsverpflichtungen aus dem sich so ergebenden Gesamtbetrag von 76.263 TEUR wurden am 31. Dezember 2016 in Höhe von 68.792 TEUR in einen nicht versicherungsförmigen Pensionsfonds überführt, woraus eine erhebliche Verringerung der Pensionsrückstellungen resultiert.

Im Zusammenhang mit der Überführung stehen Aufwendungen für die Altersversorgung in Höhe von 9.623 TEUR, die in Höhe des den ausgelagerten Erfüllungsbetrag übersteigenden Einmalbeitrags entstanden sind. Zur teilweisen Finanzierung der Auslagerung wurden Namens- und Wertpapiere vorzeitig verkauft, die Erträge sind in den sonstigen betrieblichen Erträgen (4.810 TEUR) und im Bewertungsergebnis (16.741 TEUR) ausgewiesen.

Für die in den Pensionsfonds überführten Verpflichtungen haftet die LBS weiterhin subsidiär nach § 1 Abs. 1 Satz 3 BetrAVG.

Zum Abschlussstichtag liegt eine vollständige Ausfinanzierung des Pensionsfonds bezogen auf den jeweiligen Erfüllungsbetrag gemäß § 253 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 HGB der betreffenden Versorgungsverpflichtungen vor.

Die anderen Rückstellungen werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt; Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst.

Von der Saldierungsmöglichkeit in der Gewinn- und Verlustrechnung nach § 340c Abs. 2 HGB und nach § 340f Abs. 3 HGB wurde Gebrauch gemacht.

Von dem Wahlrecht zur Aktivierung latenter Steuern wurde kein Gebrauch gemacht. Passive latente Steuern bestehen zum Stichtag nicht.

Zur Beurteilung eines möglichen Rückstellungsbedarfs nach § 340a i.V.m. § 249 Abs. 1 Satz 1 Alt. 2 HGB für einen Verpflichtungsüberschuss aus dem Geschäft mit zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs wurde eine barwertige Betrachtungsweise gewählt. Die relevanten Bilanzpositionen (unter Berücksichtigung ihrer jeweiligen Zinsbindung; für das Kollektiv unter Ansatz der Ablauffiktion der LBS gemäß der Zinsänderungsrisikomessung) und erwartete Risiko- und Kosten- Cashflows (im Zeitverlauf entsprechend dem Volumen der Bilanzpositionen abnehmend) wurden barwertig verdichtet. Im Berichtsjahr wurde die Ablauffiktion für das Kollektiv um die Auswirkung der Kündigungen seitens der LBS modifiziert sowie die Methodik zur Ermittlung der künftigen Verwaltungsaufwände um die erwarteten Kosteneinsparungen aus der Einführung von OSPlus-LBS angepasst. Eine Rückstellung für Drohverluste ist nicht erforderlich.

Erläuterungen zur Bilanz

Aktiva

Forderungen an Kreditinstitute

Pos. A 2

Die anderen Forderungen an Kreditinstitute gliedern sich in die folgenden Restlaufzeiten:

■ bis drei Monate	TEUR	27.101
■ über 3 Monate bis 1 Jahr	TEUR	10.291
■ über 1 Jahr bis 5 Jahre	TEUR	10.196
■ über 5 Jahre	TEUR	499.123

Die bereitgestellten, noch nicht ausgezahlten Baudarlehen an Kreditinstitute beliefen sich zum Jahresende auf 9.032 TEUR.

Forderungen an Kunden

Pos. A 3

Die rückständigen Zins- und Tilgungsleistungen aus Bausparlehen, Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten sowie sonstigen Baudarlehen betragen am Jahresende 938 TEUR oder 0,07 % der gesamten Baudarlehen.

Am Jahresende waren 41 Zwangsversteigerungsverfahren anhängig.

Die bereitgestellten, noch nicht ausgezahlten Baudarlehen an Kunden beliefen sich zum Jahresende auf 134.544 TEUR.

Sie setzen sich wie folgt zusammen:

Nicht ausgezahlte bereitgestellte Baudarlehen

■ aus Zuteilungen	TEUR	73.954
■ zur Vor- und Zwischenfinanzierung	TEUR	44.662
■ Sonstige	TEUR	15.928

Forderungen an Kunden gliedern sich in die folgenden Restlaufzeiten:

■ bis drei Monate	TEUR	57.908
■ über 3 Monate bis 1 Jahr	TEUR	117.904
■ über 1 Jahr bis 5 Jahre	TEUR	583.141
■ über 5 Jahre	TEUR	582.055

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Pos. A 4

Alle ausgewiesenen Schuldverschreibungen sind börsennotiert.

Im Folgejahr wird keine der ausgewiesenen Schuldverschreibungen fällig.

Grundsätzlich werden die Schuldverschreibungen bis zur Endfälligkeit im Bestand gehalten. Die im Jahr gekauften Schuldverschreibungen werden bei Anschaffung je nach Liquiditätsbedarf unter Berücksichtigung der Verordnung über die Liquidität der Institute (LiqV) dem Umlauf- oder dem Anlagevermögen zugeordnet. Der Nennwert der Schuldverschreibungen im Anlagevermögen betrug 228.000 TEUR. Der Buchwert dieser Papiere (ohne anteilige Zinsen) beträgt 226.933 TEUR. Der beizulegende Zeitwert beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 255.195 TEUR.

Es wurden Abschreibungen in Höhe von 431 TEUR vermieden. Die Abschreibungen unterblieben, da für diese Papiere Dauerhalteabsicht besteht und keine Bonitätsrisiken erkennbar waren.

Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Pos. A 5

In dieser Bilanzposition werden Spezialfondsanteile mit dem Anlageziel Renten ausgewiesen.

Die Anteile aller Fonds sind nicht börsennotiert. Stille Reserven liegen insgesamt in Höhe von 9.447 TEUR vor. Ausschüttungen wurden in 2016 in einer Höhe von 7.460 TEUR vorgenommen. Beschränkungen bei der täglichen Rückgabe sowie unterbliebene Abschreibungen gab es keine.

Die Entwicklung der Spezialfonds stellt sich wie folgt dar:

Anlagevermögen		Marktwert	Buchwert
BayernInvest Spezialfonds Nr. 1			
Stand 01.01.2016	TEUR	90.626	88.579
Zugänge aus Kauf 2016	TEUR		4.162
Stand 31.12.2016	TEUR	95.460	92.741
BayernInvest Spezialfonds Nr. 2			
Stand 01.01.2016	TEUR	71.092	69.366
Zugänge aus Kauf 2016	TEUR		2.223
Stand 31.12.2016	TEUR	72.537	71.589
Deka Spezialfonds Nr. 2			
Stand 01.01.2016	TEUR	67.815	66.831
Zugänge aus Kauf 2016	TEUR		12.815
Stand 31.12.2016	TEUR	82.634	79.646
Umlaufvermögen			
Deka Spezialfonds Nr. 1			
Stand 01.01.2016	TEUR	124.780	120.196
Stand 31.12.2016	TEUR	122.988	120.196

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Pos. A 6/7

Die LBS hält die folgenden Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen.

Gesellschaft	Kapital		Höhe der Beteiligung
	Währung	Betrag	
LBS Immobilien GmbH (LBSI), Kiel	TEUR	260	100,00 %
LBS IT Informations-Technologie GmbH & Co KG (LBS IT), Berlin	TEUR	77	4,20 %
LBS Software-Vermarktungs GbR, Kiel, Münster, als uneingeschränkt haftender Gesellschafter	TEUR	0	50,00 %

Zwischen der LBS und der LBSI besteht ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag. Aus dem Gewinn 2016 sind der LBS 756 TEUR zugeflossen. Das Ergebnis für die LBS Software-Vermarktungs GbR aus dem Jahr 2016 beträgt 0 EUR. Die Beteiligungen enthalten keine börsennotierten Wertpapiere.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Pos. A 8/9

Bei den ausgewiesenen Sachanlagen handelt es sich um Grundstücke, Gebäude für den eigenen Geschäftsbetrieb in Höhe von 10.794 TEUR und um Betriebs- und Geschäftsausstattung für den eigenen Geschäftsbetrieb in Höhe von 1.259 TEUR, sowie um Grundstücke und Gebäude, die im Jahr 2006 zur Rettung der Forderungen in der Zwangsversteigerung erworben wurden. Die immateriellen Anlagewerte beinhalten die Standardsoftware für den eigenen Geschäftsbetrieb der LBS. Die in 2016 geleisteten Anzahlungen in Höhe von 1.010 TEUR umfassen mit 996 TEUR die aktivierten Anzahlungsrechnungen für die Software OSPlus-LBS.

Anlagenpiegel

		Sachanlagen		Immaterielle Anlagewerte		Finanzanlagen			
		Grundstücke und Gebäude	Betriebs- und Geschäftsausstattung	Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	Geleistete Anzahlungen	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere
Historische Anschaffungs-/ Herstellungskosten	01.01.2016	21.767	8.259	4.697	4.185	112	260	316.482	224.776
Zugänge	2016	0	220	41	1.010	0	0	25.010	19.200
Abgänge	2016	0	268	0	0	0	0	114.462	0
Historische Anschaffungs-/ Herstellungskosten	31.12.2016	21.767	8.211	4.738	5.195	112	260	227.030	243.976
Historische Abschreibungen/ Wertberichtigungen	01.01.2016	7.778	6.798	4.482	0	109	0	97	0
Zugänge	2016	409	422	151	0	0	0	0	0
Abgänge	2016	0	268	0	0	0	0	0	0
Historische Abschreibungen/ Wertberichtigungen	31.12.2016	8.187	6.952	4.633	0	109	0	97	0
Buchwert	31.12.2015	13.989	1.461	215	4.185	3	260	316.385	224.776
Buchwert	31.12.2016	13.580	1.259	105	5.195	3	260	226.933	243.976

Sonstige Vermögensgegenstände**Pos. A 10**

In der Position sind Forderungen an das Finanzamt in Höhe von 280 TEUR, an die Stadt Kiel von 180 TEUR, an die Stadt Hamburg von 125 TEUR und an verbundene Unternehmen in Höhe von 775 TEUR enthalten. Gegenüber der Allianz Pensionsfonds AG, Stuttgart bestanden zum Bilanzstichtag Rückerstattungsansprüche in Höhe von 1.584 TEUR aus Überzahlungen im Zusammenhang mit der Auslagerung der Pensionsverpflichtungen.

Passiva

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten**Pos. P 1**

Die anderen Verbindlichkeiten an Kreditinstitute gliedern sich in die folgenden Restlaufzeiten:

■ bis drei Monate	TEUR	67.998
■ über 3 Monate bis 1 Jahr	TEUR	-
■ über 1 Jahr bis 5 Jahre	TEUR	-
■ über 5 Jahre	TEUR	-

Anteilige Zinsen sind dem ersten Fristenband zugeordnet worden.

Die von Kreditinstituten aufgenommenen Fremdgelder in Höhe von 67.998 TEUR dienen ausschließlich der Refinanzierung der außerkollektiven Baudarlehen.

Sonstige Verbindlichkeiten**Pos. P 3**

In dieser Position sind enthalten:

Verbindlichkeiten gegenüber

■ dem Finanzamt	TEUR	2.894
■ Haspa	TEUR	566

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen

■ LBS Immobilien GmbH	TEUR	28
-----------------------	------	----

Rechnungsabgrenzungsposten**Pos. P 4**

In dem passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind im Wesentlichen Agien/Disagien in Höhe von 150 TEUR enthalten.

Rückstellungen**Pos. P 5**

Die Verringerung der Pensionsrückstellungen im Vergleich zum Vorjahr ist in erheblichem Maße auf deren Ausbuchung infolge

einer Überführung auf einen Pensionsfonds (68.792 TEUR) zurückzuführen.

Die sonstigen Rückstellungen enthalten mit 13.928 TEUR im Wesentlichen Rückstellungen für Provisionen sowie mit 2.394 TEUR Personalrückstellungen.

Fonds zur baupartechnischen Absicherung**Pos. P 6**

Für das Jahr 2016 wird gemäß § 8 BausparkV keine Zuführung zum Fonds vorgenommen.

Fonds für allgemeine Bankrisiken**Pos. P 7**

Der Fonds für allgemeine Bankrisiken dotiert zum Jahresende mit 18.166 TEUR.

Eigenkapital**Pos. P 8**

Das Eigenkapital der LBS gliedert sich wie folgt:

■ Grundkapital	TEUR	21.739
■ Kapitalrücklage	TEUR	77.208
■ Bilanzgewinn	TEUR	10.380

Das Grundkapital ist eingeteilt in 2.173.913 Aktien ohne Nennbetrag (Stückaktien) von jeweils 10 EUR. Alle Aktien lauten auf den Namenen.

Per 31.12.2016 weist die LBS einen Jahresüberschuss in Höhe von 5.635 TEUR aus.

Andere Verpflichtungen

Die unwiderruflichen Kreditzusagen betragen 66.141 TEUR.

Gewinn- und Verlustrechnung

Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren

Pos. G+V 3

Im Jahr 2016 wurden Ausschüttungen aus dem Spezialfonds in Höhe von 7.460 TEUR vereinnahmt.

Sonstige betriebliche Erträge

Pos. G+V 7

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten im Wesentlichen Erträge aus dem vorzeitigen Verkauf von Namenspapieren im Zusammenhang mit der Auslagerung von Pensionsverpflichtungen (4.810 TEUR), Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (1.616 TEUR), Erträge aus Bestandsbereinigungen (1.427 TEUR), Erträge aus Kostenerstattungen (662 TEUR) und aus Mieterträgen (559 TEUR).

Sonstige betriebliche Erträge/Personalaufwand

Pos. G+V 7/G+V 8a)

In den Personalaufwendungen des Geschäftsjahres sind mit 241 TEUR Aufwendungen von Mitarbeitern für die LBS Immobilien GmbH enthalten. Korrespondierend hierzu werden in gleicher Höhe Erstattungen durch die LBS Immobilien GmbH unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen.

Personalaufwand

Pos. G+V 8a)

Aufwendungen für die Altersversorgung in Höhe von 9.623 TEUR stehen im Zusammenhang mit der Überführung der Pensionsverpflichtungen.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Pos. G+V 10

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind perioden-

fremde Aufwände aufgrund zurückgebuchter Erträge der Vorjahre in Höhe von 1.851 TEUR und die Zinsaufwendungen für die Pensionsverpflichtungen nach § 253 Abs. 2 HGB in Höhe von 1.829 TEUR sowie für andere Rückstellungen in Höhe von 162 TEUR enthalten.

Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft

Pos. G+V 11

Die Vorsorgereserven nach § 340 f HGB wurden im Jahr 2016 nicht verändert (7.543 TEUR).

Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft

Pos. G+V 12

Im Rahmen von Bestandsbereinigungen wurde eine Pauschalwertberichtigung in Höhe von 357 TEUR auf sonstige Forderungen an Kunden aufgelöst.

Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren

Pos. G+V 13

Die in dieser Position ausgewiesenen Erträge resultieren aus dem vorzeitigen Verkauf von Wertpapieren im Zusammenhang mit der Auslagerung von Pensionsverpflichtungen.

Außerordentliche Aufwendungen

Pos. G+V 16

Die außerordentlichen Aufwendungen entfallen ausschließlich auf die vollständige Zuführung zu den Pensionsrückstellungen gem. Artikel 67 Abs. 1 EGHGB.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Pos. G+V 18

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag werden in Höhe von 10.434 TEUR ausgewiesen, davon betreffen Steueraufwendungen in Höhe von 560 TEUR die Vorjahre.

Sonstige Angaben

Anteilsbesitz

Die auf die Allianz Pensionsfonds AG übertragenen Versorgungsverpflichtungen sowie die zur Erfüllung der Verpflichtungen zugeordneten Deckungsmittel qualifizieren grundsätzlich als Tochter-Zweckgesellschaft der LBS nach § 340i Abs. 2 Satz 1 i.V.m. § 290 Abs. 2 Nr. 4 HGB. Aufgrund der untergeordneten Bedeutung der Tochter-Zweckgesellschaft (sowie der übrigen nicht einbezogenen Tochterunternehmen einzeln und in Summe) für ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage besteht gemäß § 290 Abs. 5 i.V.m. § 296 Abs. 2 HGB keine Verpflichtung zur handelsrechtlichen Konzernrechnungslegung.

Würde die LBS - bezogen auf die Tochter-Zweckgesellschaft - von dem Einbeziehungswahlrecht keinen Gebrauch machen, so wären in dem dann aufzustellenden handelsrechtlichen Konzernabschluss der LBS die Deckungsmittel (handelsrechtliches Deckungsvermögen), bewertet mit dem beizulegenden Zeitwert, und Pensionsverpflichtungen (Deckungsrückstellungen), bewertet mit den geschäftszweigspezifischen Wertansätzen bei dem nicht-versicherungsförmigen Pensionsfonds, sowie die damit zusammenhängenden zu verrechnenden Aufwendungen und Erträge der Tochter-Zweckgesellschaft zu verrechnen.

Die LBS Immobilien GmbH, Kiel ist nach § 296 Abs. 2 HGB von untergeordneter Bedeutung.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Für die folgenden Geschäftsjahre bestehen Verpflichtungen aus Mietverträgen in folgender Höhe:

Geschäftsjahr	insgesamt
■ 2017	TEUR 944
■ 2018	TEUR 944
■ 2019	TEUR 944

Die LBS ist über die Sicherungseinrichtung der Landesbausparkassen dem bundesweiten Sicherungssystem der Sparkasse-Finanzgruppe angeschlossen. Das Sicherungssystem ist im Hinblick auf das am 3. Juli 2015 in Kraft getretene Einlagensicherungsgesetz neu geordnet und von der BaFin anerkannt worden. Nach § 17 Abs. 2 EinSiG müssen die Einlagensicherungssysteme dafür sorgen, dass ihre verfügbaren Finanzmittel bis zum Ablauf des 3. Juli 2024 mindestens eine Zielausstattung von 0,8 % der gedeckten Einlagen nach § 8 Abs. 1 EinSiG betragen. Die Beiträge zur Sicherungseinrichtung der Landesbausparkassen werden auf Basis der gedeckten Einlagen und des Risikos der Mitgliedsinstitute ermittelt und jährlich neu festgelegt.

Im Geschäftsjahr 2016 hat die LBS von den Möglichkeiten des § 18 Abs. 2 EinSiG Gebrauch gemacht und einen Teil des Jahresbeitrags zur Einlagensicherung in Form von in vollen Umfang abgesicherten Zahlungsansprüchen geleistet. Die zu diesem Zweck bereitgestellten Sicherheiten belaufen sich auf 376 TEUR.

Mitarbeiter

Anzahl der Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt 2016

	weiblich	männlich	insgesamt
Vollzeitbeschäftigte	85	85	170
Teilzeitbeschäftigte	69	15	84
LBS	154	100	254

Kredite an Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats

Forderungen nach § 34 Abs. 2 Nr. 2 RechKredV bestanden an 31.12.2016 gegenüber

■ Vorstandsmitgliedern	TEUR	531
■ Aufsichtsratsmitgliedern	TEUR	421

Bezüge des Aufsichtsrats

An die Mitglieder des Aufsichtsrats hat die LBS 116 TEUR an Vergütung gezahlt.

Bezüge des Vorstands

Von der Befreiung der Angabe der Gesamtbezüge des Vorstands und der für ehemalige Vorstände gebildeten Pensionsrückstellungen wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht.

Gesamthonorar Abschlussprüfer

Im Geschäftsjahr wurde für die Abschlussprüfung ein Gesamthonorar in Höhe von 202 TEUR und für andere Bestätigungsleistungen ein Honorar in Höhe von 6 TEUR erfasst.

Bekanntmachung gemäß § 20 Abs. 6 AktG

Die HASPA Finanzholding, Hamburg hat uns gemäß § 20 Abs. 1 AktG mitgeteilt, dass ihr aufgrund des vorgeschriebenen Erwerbs mehr als der vierte Teil der Aktien der LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG gehört.

Nachtragsbericht

Nach Ablauf des Geschäftsjahres 2016 bis zur Erstellung des Jahresabschlusses sind keine Ereignisse eingetreten, die für die Bausparkasse von wesentlicher Bedeutung sind und zu einer anderen Beurteilung der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens führen könnten.

Gewinnverwendung

Die LBS weist nach Abzug aller Steuern einen Jahresüberschuss von 5.635 Mio. TEUR aus. Unter Berücksichtigung des Gewinnvortrags in Höhe von 4.746 TEUR aus dem Vorjahr beträgt der Bilanzgewinn 10.380 TEUR. Der Vorstand wird der Hauptversammlung vorschlagen, den Bilanzgewinn in voller Höhe auf das nächste Geschäftsjahr vorzutragen.

Seit der Änderung der handelsrechtlichen Regelungen für die Bewertung von Altersversorgungsverpflichtungen besteht gemäß § 253 Abs. 6 S.2 HGB besteht eine Ausschüttungssperre für den nach § 253 Abs. 6 S.1 HGB ermittelten Unterschiedsbetrag. Der Unterschiedsbetrag beläuft sich für die LBS auf 597 TEUR.

Organe der Bausparkasse

Aufsichtsrat

Reinhard Boll

Präsident des Sparkassen- und Giroverbandes für Schleswig-Holstein
- Vorsitzender -

Dr. Jörg Wildgruber

Bankkaufmann
- Stellvertretender Vorsitzender -

Ulrich Boike

Sparkassendirektor
Stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes der Förde Sparkasse

Rainer Burghardt

Sparkassendirektor
Vorsitzender des Vorstandes der Kreissparkasse Herzogtum Lauenburg

Marc Cybulski

Sparkassendirektor
Vorsitzender des Vorstandes der Stadtparkasse Wedel

Sabine Diedrichsen

LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG

Andreas Fohrmann

Sparkassendirektor
Vorsitzender des Vorstandes der Sparkasse Südholstein

Jürgen Marquardt

Mitglied des Vorstandes der Hamburger Sparkasse AG

Wolfgang Pötschke

Sparkassendirektor i.R.
Vorsitzender des Aufsichtsrates der Sparkasse zu Lübeck AG

Frank Schumacher

Sparkassendirektor
Vorsitzender des Vorstandes der Sparkasse zu Lübeck AG

Helge Steinmetz

Regionalbereichsleiter Firmenkunden
Hamburger Sparkasse AG

Dr. Cirsten Witt

Kaufmännische Angestellte
Hamburg

Vorstand

Peter Magel

- Vorsitzender –

Jens Grelle

Mitglied des Vorstands

Kiel/Hamburg, den 16. März 2017

LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG

Der Vorstand

Magel

Grelle

ANGABEN NACH § 26A KWG „OFFENLEGUNG DURCH DIE INSTITUTE“

<p>1. Firmenbezeichnung</p> <p>Art der Tätigkeit und geographische Lage der Niederlassungen</p>	<p>LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG, 24145 Kiel</p> <p>Gegenstand des Unternehmens ist die Entgegennahme von Bauspareinlagen, die Gewährung von Bauspardarlehen und die hiermit zusammenhängenden zulässigen Geschäfte in ihrem Geschäftsgebiet Schleswig-Holstein und Hamburg.</p>
<p>2. Umsatz Die Ermittlung erfolgt auf Basis handelsrechtlicher Rechnungslegung</p>	<p>52,9 Mio EUR</p>
<p>3. Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten</p>	<p>21,8 VAK</p>
<p>4. Gewinn oder Verlust vor Steuern</p>	<p>16.108 TEUR</p>
<p>5. Steuern auf Gewinn oder Verlust</p>	<p>10.474 TEUR</p>
<p>6. Erhaltene öffentliche Beihilfen</p>	<p>0 TEUR</p>
<p>7. Kapitalrendite</p>	<p>0,22 %</p>

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Wir haben den Jahresabschluss — bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang — unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG, Kiel und Hamburg, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2016 bis zum 31. Dezember 2016 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über

das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, 16. März 2017

BDO AG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

gez. Butte

Wirtschaftsprüfer

gez. Streicher

Wirtschaftsprüferin

BERICHT DES AUF SICHTSRATS DER LBS BAUSPARKASSE SCHLESWIG-HOLSTEIN-HAMBURG AG

Der Aufsichtsrat und der aus seiner Mitte gebildete Grundsatzausschuss haben im Berichtsjahr ihre gesetzlichen und satzungsmäßigen Aufgaben wahrgenommen und sich regelmäßig, zeitnah und umfassend über die Geschäftsentwicklung der Bausparkasse, ihre wirtschaftliche Lage und Risikosituation sowie über wichtige Geschäftsvorfälle unterrichtet.

Alle wesentlichen Fragen wurden mit dem Vorstand in zwei Aufsichtsratssitzungen und fünf Sitzungen des Grundsatzausschusses ausführlich erörtert.

Im Berichtsjahr lag ein Schwerpunkt der Befassung von Aufsichtsrat und Grundsatzausschuss auf der Prüfung von Handlungsoptionen zur Auslagerung der Pensionsverpflichtungen der Gesellschaft auf einen Pensionsfonds. Diesbezüglich fanden zwei Sondersitzungen des Grundsatzausschusses statt, in denen aufsichtsrechtliche Aspekte sowie Chancen und Risiken einer Auslagerung intensiv mit dem Vorstand erörtert wurden. Des Weiteren befassten sich die Gremien mit den Auswirkungen der Niedrigzinsphase auf die Bausparkasse sowie deren Weiterentwicklung vor dem Hintergrund der Digitalisierung in der Finanzdienstleistungsbranche. Aufbauorganisatorische Anpassungen zur kundenzentrierten Ausrichtung der LBS wurden mit dem Vorstand besprochen. Der Grundsatzausschuss war intensiv in die Festlegung der Prämissen für die Unternehmens- und Kapitalplanung eingebunden. Der Aufsichtsrat ließ sich ausführlich über die vom Vorstand eingeleiteten Maßnahmen zur Stabilisierung des Zinsüberschusses und zur Senkung des Verwaltungsaufwandes informieren. Darüber hinaus wurde der Aufsichtsrat umfassend und laufend über den Stand des nationalen Projekts zur Vereinheitlichung des Kernbanksystems der LBS-Gruppe unterrichtet. Dem Grundsatzausschuss wurde die vollständige Abarbeitung der Feststellungen aus der im Vorjahr durchgeführten Prüfung gemäß § 44 Abs. 1 Satz 2 KWG berichtet.

Der Aufsichtsrat war in alle Entscheidungen der LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG einbezogen, die nach Gesetz oder Satzung der Zustimmung des Aufsichtsrats bedürfen. Darüber hinaus fanden auch zwischen den regulären Sitzungen Gespräche zwischen dem Vorstand der LBS und dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats statt, in denen bedeutsame Ereignisse des laufenden Geschäfts thematisiert wurden. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats ließ sich im Rahmen eines ausführlichen Gespräches mit der Leitung der Internen Revision, der Leitung des Risikocontrollings und der Personalleitung über deren Tätigkeitsbereiche unterrichten. Der Aufsichtsrat hat sich von der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung des Vorstands überzeugt und im Rahmen seiner Zuständigkeiten und Kompetenzen sowie insbesondere der Vorgaben von Gesetz und Satzung die ihm obliegenden Entscheidungen in seinen turnusmäßigen Sitzungen getroffen.

Im Berichtsjahr gab es keine personellen Veränderungen im Aufsichtsrat.

Die von der Hauptversammlung zum Abschlussprüfer bestellte BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg, hat den vorgelegten Jahresabschluss zum 31.12.2016 und den Lagebericht geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der Jahresabschluss, der Lagebericht und der Bericht des Abschlussprüfers wurden dem Aufsichtsrat rechtzeitig vorgelegt. Der Abschlussprüfer berichtete in den Bilanzsitzungen von Grundsatzausschuss und Aufsichtsrat über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung. Nach eigener Prüfung und Erörterung des Jahresabschlusses und des Lageberichts mit dem Abschlussprüfer hat der Aufsichtsrat von dem Prüfungsergebnis des Abschlussprüfers Kenntnis genommen und keine Einwendungen

erhoben. Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss gebilligt. Der Jahresabschluss ist damit gemäß § 172 AktG festgestellt. Dem Vorschlag des Vorstands zur Verwendung des Bilanzgewinns hat sich der Aufsichtsrat nach seiner Prüfung angeschlossen.

Außerdem hat der Aufsichtsrat den vom Vorstand gemäß § 312 AktG für das Geschäftsjahr 2016 vorgelegten Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen und den hierzu erstatteten Prüfungsbericht des Abschlussprüfers geprüft. Beide Prüfungen haben keinen Anlass zu Beanstandungen ergeben. Der Bericht des Abschlussprüfers enthält folgenden Bestätigungsvermerk:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Nach dem abschließenden Ergebnis seiner eigenen Prüfung erhebt der Aufsichtsrat keine Einwendungen gegen die Erklärung des Vorstands am Schluss des Berichts über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen für das Geschäftsjahr 2016.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der LBS für ihr großes Engagement und die erfolgreiche Arbeit im Geschäftsjahr 2016.

Hamburg, den 3. April 2017

Der Aufsichtsrat

Reinhard Boll
-Vorsitzender-

BEWEGUNG DER ZUTEILUNGSMASSE

Bewegung der Zuteilungsmasse (Statistischer Anhang zum Lagebericht)

A. Zuführungen	TEUR
I. Vortrag aus dem Vorjahr (Überschuss): noch nicht ausbezahlte Beträge	1.887.079
II. Zuführungen im Geschäftsjahr	
1. Sparbeiträge (einschließlich verrechneter Wohnungsbauprämien)	430.830
2. Tilgungsbeträge ¹⁾ (einschließlich verrechneter Wohnungsbauprämien)	102.372
3. Zinsen auf Bauspareinlagen (einschließlich Bonusgutschrift)	31.452
4. Sonstige	
Summe	2.451.732
<hr/>	
B. Entnahmen	
I. Entnahmen im Geschäftsjahr	
1. zugeteilte Summen, soweit ausbezahlt	
a) Bauspareinlagen	208.922
b) Bauspardarlehen	42.979
2. Rückzahlung von Bauspareinlagen auf noch nicht zugeteilte Bausparverträge	131.689
3. sonstige	
a) Rückzahlungen von Eigenmitteln	
b) Gebühren und sonstige Abgänge	
II. Überschuss der Zuführungen ²⁾ (noch nicht ausbezahlte Beträge) am Ende des Geschäftsjahres	2.068.143
Summe	2.451.732

Anmerkungen

¹⁾ Tilgungsbeträge sind die auf die reine Tilgung entfallenden Anteile der Tilgungsbeiträge	0
²⁾ in dem Überschuss der Zuführungen sind u.a. enthalten	
a) die noch nicht ausgezahlten Bauspareinlagen der zugeteilten Bausparer	38.963
b) die noch nicht ausgezahlten Bauspardarlehen aus Zuteilungen	82.986
c) die zur Zeit noch illiquiden Ausgleichsforderungen	-
d) Fonds zu bauspartechnischen Absicherung	676

BESTANDSBEWEGUNGEN

BESTANDSBEWEGUNGEN 2016 - Gesamtbestand

I. Übersicht über die Bewegung des Bestandes an nicht zugeteilten und zugeteilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen

	Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. Euro	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. Euro	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. Euro
A. Bestand am Ende des Vorjahres	399.020	13.304.071	39.066	1.112.426	438.086	14.416.497
B. Zugang im Geschäftsjahr durch:						
1. Neuabschlüsse (eingelöste Verträge)	35.542	1.637.536	0	0	35.542	1.637.536
2. Übertragung	3.329	123.898	278	7.057	3.607	130.956
3. Zuteilungsverzicht	10.940	198.856	0	0	10.940	198.856
4. Teilung	4.963	0	0	0	4.963	0
5. Zuteilung	0	0	25.530	582.155	25.530	582.155
6. Sonstiges	8.125	656.478	747	18.756	8.872	675.234
INSGESAMT	62.899	2.616.768	26.555	607.969	89.454	3.224.738
C. Abgang im Geschäftsjahr durch:						
1. Zuteilung	25.530	582.155	0	0	25.530	582.155
2. Herabsetzung	0	27.175	0	336	0	27.511
3. Auflösung (Kündigung)	22.401	642.047	10.202	260.391	32.603	902.438
4. Übertragung	3.329	123.898	278	7.057	3.607	130.956
5. Zusammenlegung	766	0	0	0	766	0
6. Vertragsablauf	0	0	9.157	260.535	9.157	260.535
7. Zuteilungsverzicht	0	0	10.940	198.856	10.940	198.856
8. Sonstiges	17.937	967.668	1.891	59.895	19.828	1.027.563
INSGESAMT	69.963	2.342.944	32.468	787.070	102.431	3.130.014
D. Reiner Zugang/Abgang	-7.064	273.824	-5.913	-179.101	-12.977	94.723
E. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	391.956	13.577.894	33.153	933.325	425.109	14.511.219

Davon entfallen auf Bausparer außerhalb des Bundesgebietes

II. Bestand an nicht eingelösten Verträgen

	Anzahl der Verträge	BS in Tsd. Euro
a) Abschlüsse vor dem 1.1.2016	12.244	543.447
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr	11.363	646.482

III. Größenklassengliederung des nicht zugeteilten Vertragsbestandes Ende 2016

	Anzahl der Verträge	BS in Tsd. Euro
Euro bis 10.000	146.162	1.392.356
über 10.000 bis 25.000	105.223	1.851.899
über 25.000 bis 150.000	132.110	8.075.618
über 150.000 bis 500.000	8.126	1.784.517
über 500.000	335	473.503
Summe	391.956	13.577.894

IV. Die durchschnittl. Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres (Gesamtvertragsbestand) betrug

Euro 34.135

BESTANDSBEWEGUNGEN 2016 - Classic-Tarife

I. Übersicht über die Bewegung des Bestandes an nicht zugeteilten und zugeteilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen

	Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. Euro	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. Euro	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. Euro
A. Bestand am Ende des Vorjahres	241.046	11.339.544	33.187	1.024.053	274.233	12.363.597
B. Zugang im Geschäftsjahr durch:						
1. Neuabschlüsse (eingelöste Verträge)	26.318	1.513.167	0	0	26.318	1.513.166,78
2. Übertragung	2.330	109.794	235	6.286	2.565	116.080
3. Zuteilungsverzicht	4.698	110.343	0	0	4.698	110.343
4. Teilung	4.640	0	0	0	4.640	0
5. Zuteilung	0	0	15.662	449.849	15.662	449.849
6. Sonstiges	6.595	630.626	567	16.311	7.162	646.937
INSGESAMT	44.581	2.363.930	16.464	472.447	61.045	2.836.377
C. Abgang im Geschäftsjahr durch:						
1. Zuteilung	15.662	449.849	0	0	15.662	449.849
2. Herabsetzung	0	25.829	0	331	0	26.160
3. Auflösung (Kündigung)	12.840	526.670	6.701	218.243	19.541	744.914
4. Übertragung	2.330	109.794	235	6.286	2.565	116.080
5. Zusammenlegung	754	0	0	0	754	0
6. Vertragsablauf	0	0	7.979	243.707	7.979	243.707
7. Zuteilungsverzicht	0	0	4.698	110.343	4.698	110.343
8. Sonstiges	14.406	909.751	1.553	54.445	15.959	964.196
INSGESAMT	45.992	2.021.893	21.166	633.356	67.158	2.655.250
D. Reiner Zugang/Abgang	-1.411	342.037	-4.702	-160.910	-6.113	181.127
E. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	239.635	11.681.581	28.485	863.143	268.120	12.544.724

Davon entfallen auf Bausparer außerhalb des Bundesgebietes

II. Bestand an nicht eingelösten Verträgen

	Anzahl der Verträge	BS in Tsd. Euro
a) Abschlüsse vor dem 1.1.2016	8.091	492.149
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr	9.000	614.354

III. Größenklassengliederung des nicht zugeteilten Vertragsbestandes Ende 2016

	Anzahl der Verträge	BS in Tsd. Euro
Euro bis 10.000	42.241	392.753
über 10.000 bis 25.000	63.237	1.176.214
über 25.000 bis 150.000	125.711	7.857.575
über 150.000 bis 500.000	8.111	1.781.534
über 500.000	335	473.503
Summe	239.635	11.681.580

IV. Die durchschnittl. Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres (Gesamtvertragsbestand) betrug

Euro 46.788

BESTANDBEWEGUNGEN 2016 - Vario-Tarife

I. Übersicht über die Bewegung des Bestandes an nicht zugeteilten und zugeteilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen

	Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. Euro	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. Euro	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. Euro
A. Bestand am Ende des Vorjahres	153.848	1.885.674	4.570	60.026	158.418	1.945.699
B. Zugang im Geschäftsjahr durch:						
1. Neuabschlüsse (eingelöste Verträge)	9.011	117.934	0	0	9.011	117.934,46
2. Übertragung	971	13.260	39	697	1.010	13.956
3. Zuteilungsverzicht	6.158	86.708	0	0	6.158	86.708
4. Teilung	296	0	0	0	296	0
5. Zuteilung	0	0	9.690	128.613	9.690	128.613
6. Sonstiges	1.372	21.719	157	1.885	1.529	23.604
INSGESAMT	17.808	239.621	9.886	131.194	27.694	370.815
C. Abgang im Geschäftsjahr durch:						
1. Zuteilung	9.690	128.613	0	0	9.690	128.613
2. Herabsetzung	0	1.302	0	5	0	1.307
3. Auflösung (Kündigung)	8.987	107.249	3.422	40.498	12.409	147.747
4. Übertragung	971	13.260	39	697	1.010	13.956
5. Zusammenlegung	11	0	0	0	11	0
6. Vertragsablauf	0	0	911	11.178	911	11.178
7. Zuteilungsverzicht	0	0	6.158	86.708	6.158	86.708
8. Sonstiges	2.183	31.535	284	4.088	2.467	35.623
INSGESAMT	21.842	281.958	10.814	143.174	32.656	425.132
D. Reiner Zugang/Abgang	-4.034	-42.338	-928	-11.979	-4.962	-54.317
E. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	149.814	1.843.336	3.642	48.047	153.456	1.891.382

Davon entfallen auf Bausparer außerhalb des Bundesgebietes

II. Bestand an nicht eingelösten Verträgen

	Anzahl der Verträge	BS in Tsd. Euro
a) Abschlüsse vor dem 1.1.2016	4.151	51.027
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr	2.363	32.128

III. Größenklassengliederung des nicht zugeteilten Vertragsbestandes Ende 2016

	Anzahl der Verträge	BS in Tsd. Euro
Euro bis 10.000	103.147	995.048
über 10.000 bis 25.000	40.960	659.876
über 25.000 bis 150.000	5.700	186.722
über 150.000 bis 500.000	7	1.690
über 500.000	0	0
Summe	149.814	1.843.336

IV. Die durchschnittl. Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres (Gesamtvertragsbestand) betrug

Euro 12.325

BESTANDBEWEGUNGEN 2016 - T-Tarife

I. Übersicht über die Bewegung des Bestandes an nicht zugeteilten und zugeteilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen

	Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. Euro	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. Euro	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. Euro
A. Bestand am Ende des Vorjahres	4.126	78.852	1.309	28.348	5.435	107.200
B. Zugang im Geschäftsjahr durch:						
1. Neuabschlüsse (eingelöste Verträge)	213	6.435	0	0	213	6.435,18
2. Übertragung	28	845	4	74	32	919
3. Zuteilungsverzicht	84	1.805	0	0	84	1.805
4. Teilung	27	0	0	0	27	0
5. Zuteilung	0	0	178	3.693	178	3.693
6. Sonstiges	158	4.133	23	560	181	4.694
INSGESAMT	510	13.218	205	4.328	715	17.546
C. Abgang im Geschäftsjahr durch:						
1. Zuteilung	178	3.693	0	0	178	3.693
2. Herabsetzung	0	44	0	0	0	44
3. Auflösung (Kündigung)	574	8.128	79	1.650	653	9.778
4. Übertragung	28	845	4	74	32	919
5. Zusammenlegung	1	0	0	0	1	0
6. Vertragsablauf	0	0	267	5.649	267	5.649
7. Zuteilungsverzicht	0	0	84	1.805	84	1.805
8. Sonstiges	1.348	26.382	54	1.362	1.402	27.744
INSGESAMT	2.129	39.093	488	10.540	2.617	49.633
D. Reiner Zugang/Abgang	-1.619	-25.874	-283	-6.212	-1.902	-32.086
E. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	2.507	52.978	1.026	22.135	3.533	75.113

Davon entfallen auf Bausparer außerhalb des Bundesgebietes

II. Bestand an nicht eingelösten Verträgen

	Anzahl der Verträge	BS in Tsd. Euro
a) Abschlüsse vor dem 1.1.2016	2	271
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr	0	0

III. Größenklassengliederung des nicht zugeteilten Vertragsbestandes Ende 2016

	Anzahl der Verträge	BS in Tsd. Euro
Euro bis 10.000	774	4.555
über 10.000 bis 25.000	1.026	15.809
über 25.000 bis 150.000	699	31.322
über 150.000 bis 500.000	8	1.294
über 500.000	0	0
Summe	2.507	52.978

IV. Die durchschnittl. Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres (Gesamtvertragsbestand) betrug

Euro 21.260



LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG
Wellseedamm 14, 24145 Kiel
Behringstraße 120, 22763 Hamburg

www.lbs.de

Wir geben Ihrer Zukunft ein Zuhause.